

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die schmalste Spalte Kolonnen-
 weise oder deren Raum 40 Pf., für
 Verlags- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Werktagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 nachmittags geöffnet.

Verleger: Rudolf L. Nr. 1506.
 Telephon-Nr. 1506.
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 9. März 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Reform der Militär-Strafgerichts-Ordnung.

In der Reichstagskommission für die Militär-Strafgerichts-Ordnung wurden am Dienstag die von den Abgg. de Witt und Dr. Götz verfaßten Berichte über diesen Entwurf, das dazu gehörige Einführungsgezet und das Disziplingezet verlesen und genehmigt. Die zweite Beratung im Plenum ist noch für diese Woche in Aussicht genommen.

Das Ergebnis der Kommissionsberatungen entspricht auch nicht den beschleunigten Anforderungen, die an ein freihändig ausgestaltetes Strafgerichts-Verfahren gestellt werden müssen.

Das Zentrum hat in dem Bestreben, auch auf diesem Gebiet seine Regierungsfähigkeit zu beweisen und in inniger Harmonie mit der Regierung „etwas zu Stande zu bringen“, diejenigen Grundzüge über den Haufen geworfen, welche es vor nicht langer Zeit noch selbst mit Entschiedenheit vertreten hat.

Noch kläglicher war aber die Haltung des freisinnigen Herrn Lenzmann, der seine Rolle als freiwilliger Regierungskommissar mit der schon früher an ihm bewunderten Virtuosität spielte. Immer, wenn die Vertreter der Militärverwaltung in der Diskussion eine Schlappe erlitten, erstand ihnen in Herrn Lenzmann ein Retter in der Noth.

Der preussische Kriegsminister gab seinem Entzücken über diesen Vorkämpfer für die reaktionären Bestrebungen der Militärverwaltung unvorhohlen vor der Kommission Ausdruck. „Ich kann — so sagte er — nur meine Freude darüber aussprechen, daß ein früherer Auditor (Lenzmann) so warm für die Interessen der Armee eingetreten ist. Ich habe auch Gelegenheit gehabt, mit ihm persönliche Erfahrungen austauschen.“ Dieser Austausch „persönlicher Erfahrungen“ hat in dem demokratischen Gemüth des Herrn Lenzmann einen unauflöslich reaktionären Eindruck hinterlassen.

Kein Wunder, daß dieser Herr, als es sich um die Zulassung der Rechtsanwälte zur Verteidigung vor den Militärgerichten handelte, die Erklärung abgab, er begreife es, daß die Regierung „im Interesse des Vaterlandes und zur Aufrechterhaltung der Disziplin Rechtsanwälte mit gewisser politischer Besinnung ausschließen“ wolle. Trotz alledem rief es allgemeine Ueberraschung hervor, als er ausführte, er sei auch nicht mehr Anhänger der freien Advokatur für das bürgerliche Gerichtsverfahren. Es muß für ihn ein erhebender Augenblick gewesen sein, als Herr v. Puttkamer-Plautz unmittelbar darauf bemerkte, er sei mit den Ausführungen des Herrn Lenzmann „sehr zufrieden“. Um die Wichtigkeit dieser Szene festzuhalten, beeilte sich Herr v. Standt, an Herrn Lenzmann heranzutreten und ihn als Freund des Jungstgedankens in jovialstem Ton mit den Worten zu begrüßen: „Sie kommen doch nächstens zu uns herüber.“ Der Abgeordnete Wundt, der in rühmlichem Gegenfah zu Herrn Lenzmann in Opposition verharrete und fast durchweg für die von sozialdemokratischer Seite gestellten Anträge stimmte, mußte Herrn Lenzmann schließlich ausdrücklich desavouiren.

Geschlossen und konsequent führten die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion den Kampf gegen die Reaktion; aber gegenüber dem Verhalten der anderen Parteien mit geringem Erfolg.

Der Kompetenzkreis der Militär-Strafgerichtsbarkeit ist von der Mehrheit der Kommission im wesentlichen nach den Wünschen der Regierung geregelt worden. Noch im Jahre 1889 vertrat der Abgeordnete Gröber namens des Zentrums den Standpunkt, daß die Militär-Strafgerichtsbarkeit eingeschränkt werden müsse auf die militärischen Verbrechen und Vergehen. Jetzt wagte es das Zentrum aber nicht mehr, für einen dahingehenden Antrag der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder zu stimmen. Die Militär-Strafgerichtsbarkeit ist vielmehr mit Hilfe des Zentrums nach dem Wunsche der Regierung auch auf die bürgerlichen Straftaten der in dem Regierungsentwurf bezeichneten Personen ausgedehnt worden. Den bürgerlichen Gerichten sind nach dem Entwurf der Kommission zur Aburtheilung nur verblieben:

1. Die mit Geldstrafe bedrohten Zuwiderhandlungen gegen die Finanz-, Polizei-, Jagd- und Fischereigesetze.
2. Die Amtsverbrechen oder Amtsvergehen, welche Militärpersonen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine bei einstweiliger Verwendung im Zivildienst des Reichs, eines Bundesstaates oder einer Kommune begangen haben,
3. die während der Dienstleistung begangenen Zuwiderhandlungen der in Friedenszeiten zum Dienste einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes gegen die allgemeinen Strafgeseze.

Der bürgerlichen Gerichtsbarkeit sind ferner unterstellt die von einer Person vor Eintritt in den Dienst des aktiven Heeres oder der aktiven Marine verübten Zuwiderhandlungen gegen die allgemeinen Strafgeseze. Dagegen ist eine Person des aktiven Heeres oder der aktiven Marine den Militärgerichten auch noch nach Beendigung des die Militär-Strafgerichtsbarkeit begründenden Verhältnisses unterworfen, wenn sie sich innerhalb eines Jahres nach Beendigung dieses Verhältnisses wegen der ihr während der Dienstzeit widerfahrenen Behandlung einer Verleumdung, Körperverletzung oder Herausforderung zum Zweikampfe gegenüber einem früheren

militärischen, noch im aktiven Dienst befindlichen Vorgesetzten schuldig macht. Die Regierungsvorlage wollte diesen Knebel den Militärpersonen freilich sogar noch bis zwei Jahre nach Beendigung der militärischen Kontrolle anlegen. Der Plan der Regierung führt einfach dahin, jede Person, die dem aktiven Heere oder der Marine angehört hat, bis zum 42. Lebensjahre an der Mittheilung von Mißständen zu hindern, welche sie bei ihrem Truppentheile erlebt hat. Denn eine solche Mittheilung kann nach der herrschenden Auslegungskunst allemal als Beleidigung aufgefaßt werden. Die Wirkung der von der Regierung geplanten Befehlsvorschrift liegt klar auf der Hand. Berichtet eine Zeitung oder ein Abgeordneter über einen Fall von Soldatenmißhandlung, so wird mit der Folter des Zeugniszwangsverfahrens zunächst ermittelt, von wem der Bericht stammt. Ist der Urheber ein ehemaliger Soldat, der noch nicht 2 Jahre außerhalb der militärischen Kontrolle steht, so wird er wegen Beleidigung eines früheren Vorgesetzten vor das Militärgericht gezogen; und wehe ihm, wenn es ihm in diesem Verfahren nicht gelingt, die Richtigkeit seiner Behauptung bis zum Punkte über dem i zu beweisen. Im Reichstage wirft sich dann der Minister in die Brust und erklärt, daß wie durch Gerichtsurtheil festgestellt worden sei, der Bericht über Mißstände unwahr sei.

Die Kommission hat diese Knebelung, wenn auch in beschränktem Maße begilligt. Auch nach ihrem Entwurf wird der ehemalige Soldat noch 1 Jahr nach Beendigung der Dienstzeit mundtot gemacht.

Dieses Hinübergreifen des Militarismus auf das bürgerliche Gebiet muß im Plenum des Reichstags entschieden zurückgewiesen werden. Diese Erweiterung der Militärgerichtsbarkeit auf Handlungen von Zivilpersonen im bürgerlichen Leben ist ein schreiendes Unrecht. Sie verletzt die Interessen der ehemaligen Soldaten und unterbindet die Kritik der militärischen Einrichtungen.

Die Ausübung der Militär-Strafgerichtsbarkeit ist eng an die Kommandogewalt angelehnt. Die Machtbefugnisse des Gerichtsherrn (der Kommandeur), wie sie der Regierungsentwurf enthält, sind von der Kommission unberührt gelassen. Demgemäß tritt auch bei der Rechtsprechung überall das militärische Element überwiegend hervor. Nach dem Beschluß der Kommission bestehen die Kriegsgerichte aus drei Offizieren und zwei Gerichtsräthen, während die Regierungsvorlage — allerdings noch weitergehend — vier Offiziere und nur einen Gerichtsrath vorsah. In den Ober-Kriegsgerichten hat die Kommission zwei Juristen neben fünf Offizieren nach dem Vorschlage der Regierung für ausreichend gehalten. In einem klühen Augenblick hatte sich die Kommission zu dem Beschluß angesetzt, daß das Reichs-Militärgericht, das im wesentlichen Rechtsfragen zu entscheiden hat, in der Besetzung von drei militärischen und vier juristischen Mitgliedern entscheiden solle. Vor dieser Kühnheit erschrak jedoch die Kommission und in zweiter Beratung wurde dem militärischen Element wieder das Uebergewicht eingeräumt. Regelmäßig sind vier militärische und drei juristische Mitglieder zur Entscheidung berufen. Nur wenn es sich bei der Revision lediglich um Verletzung prozessualer Vorschriften oder allgemeiner bürgerlicher Strafgeseze handelt, entscheidet das Gericht in der Besetzung von vier Juristen und drei Militärs.

Die Oeffentlichkeit des Verfahrens ist zwar auf dem Papier als Regel zugestanden. Sie kann aber in der Praxis fällig illusorisch gemacht werden. Das Gericht kann sie ausschließen wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung, insbesondere der Staatsicherheit wegen Gefährdung der Sittlichkeit oder der militärischen Interessen. Daneben ist aber dem Kaiser noch das Recht eingeräumt, allgemeine Vorschriften darüber zu erlassen, unter welchen Voraussetzungen die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Disziplin ausgeschlossen werden kann. Diese Bestimmung ist aus dem staatsmännischen Geist des Zentrums geboren. Das Zentrum wollte anfangs mit scheinbar großer Entschiedenheit dem Kaiser das Recht, Vorschriften über den Ausschluß der Oeffentlichkeit zu erlassen, entziehen. Als aber die Regierung Miene machte, dann das ganze Gesetz scheitern zu lassen, da zog es sich bestürzt zu einer neuen Beratung zurück, deren Resultat die mitgetheilte, von der Regierung natürlich akzeptirte Bestimmung ist. Das Zentrum that, wie immer in letzter Zeit, so, als ob es mit der Regierung heftig kämpfte, während es mit etwas anderen Worten alles bewilligte, was die Regierung wünschte.

Dem durch eine strafbare Handlung Verletzten ist allerdings durch die Kommission der Zutritt zu der geheimen Verhandlung gestattet, wenn der Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Gefährdung militärischer Interessen oder der Disziplin oder der Sittlichkeit erfolgt ist. Nur, wenn durch die Oeffentlichkeit der Staatsicherheit gefährdet ist, kann auch der Verletzte ausgeschlossen werden. Gehört der Verletzte zu dem aktiven Heere oder der aktiven Marine, so kann er von der geheimen Verhandlung auch aus Gründen der Disziplin ausgeschlossen werden.

Aktive Militärpersonen haben nach der Regierungsvorlage auch zu der öffentlichen Verhandlung keinen Zutritt, wenn der Angeklagte im Range über ihnen steht. Die Kommission hat dagegen beschlossen, daß dem Verletzten

der Zutritt zu öffentlichen Verhandlungen in allen Fällen gestattet sei. Dies die Errungenschaft der Kommission, auf welche ihre Majorität nicht wenig stolz zu sein scheint.

Ein erbauliches Schauspiel war es, als von den Mitgliedern unserer Fraktion der Antrag gestellt wurde, daß der Angeklagte bei Ausschluß der Oeffentlichkeit aus militärischen Interessen oder aus Gründen der Disziplin das Recht haben solle, drei Personen — Verwandte, Verschwägerter oder Bekannte — zur Verhandlung zuzuziehen. Dieses im Interesse der Angeklagten stehende Recht ist seit 28 Jahren in Bayern in Geltung, hat sich dort bewährt und das bayerische Militär ist dabei nicht zu grunde gegangen. Weder ein Vertreter der bayerischen Regierung, noch ein Zentrumsmann rührte sich, um für den in Bayern bestehenden Zustand eine Lanze zu brechen. Der preussische Kriegsminister sprach sich jedoch entschieden gegen den Antrag aus mit der köstlichen Begründung, die Zulassung von drei Personen gewähre nur eine beschränkte Oeffentlichkeit, während der Kaiser die Oeffentlichkeit im weitesten Umfange gewährleisten wolle.

In der Frage der Zulassung von Verteidigern zu den Militärgerichten hat die Mehrheit der Kommission die Interessen der Angeklagten auf das schwerste geschädigt. Die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder gingen davon aus, daß dem angeklagten Soldaten das Recht gewahrt werden müsse, sich denjenigen Verteidiger zu wählen, zu welchem er Vertrauen hat. Sie beantragten daher, daß jeder Rechtsanwalt bei dem Militärgericht als Verteidiger zugelassen sei, während die Regierung dem Militärgericht vorbehalten wollte, jeden ihm nicht genehmen Rechtsanwalt zurückzuweisen. Der preussische Kriegsminister verteidigte den Standpunkt der Regierung mit dem Hinweis auf die Disziplin, die durch gewisse Anwälte untergraben werden könnte. Dabei sang er einen Hymnus auf das bayerische Verfahren, daß der Regierung zum Vorbild gedient habe. Dies gab unseren Abgeordneten den Anlaß, in einem Generalantrag die bayerischen Vorschriften für das Reich in Vorschlag zu bringen. In Bayern sind bei Verbrechen und Vergehen gegen die allgemeinen Strafgeseze nur Rechtsanwälte als Verteidiger zugelassen, und zwar ohne Beschränkung. Bei militärischen Verbrechen und Vergehen kann in dem Beschluß über Verweisung des Straffalls vor das entscheidende Gericht aus militärischen Interessen die Zulassung eines Rechtsanwalts als Verteidiger ausgeschlossen werden. Tann ist aber jeder Rechtsanwalt ausgeschlossen, und nur die Verteidigung durch einen Militär-Justizbeamten zulässig.

Sobald sich die Sozialdemokraten der bayerischen Gerichtsordnung annahmen, ließen sie die anderen Parteien im Stich. Das bayerische Volk kann daraus ersehen, wie es auch in dieser Frage von dem Zentrum verlassen worden ist.

Nur so viel wurde in erster Lesung durchgesezt, daß bei Verbrechen und Vergehen gegen die allgemeinen Strafgeseze die Rechtsanwälte ausnahmslos zugelassen seien, während im übrigen der Willkür der Militärgerichte der freieste Spielraum gelassen wurde.

In der zweiten Lesung hat aber das Zentrum selbst diese geringfügige Bestimmung beseitigt.

Aus Entgegenkommen für die Regierung hat es dem Antrag zum Beschluß verholfen, daß für jeden Gerichtsbezirk durch die Militärbehörde mehrere Anwälte ernannt werden, welchen die Verteidigung übertragen werden kann und welche die Verteidigung nicht ablehnen dürfen.

Ob diese patentirten Miß-Verteidiger das Vertrauen des Angeklagten genießen und ihrer Aufgabe gewachsen sind, das kümmert das Zentrum nicht. Für die Militärbehörde wird gar oft die Hurrah-Befinnung und nicht die Tüchtigkeit maßgebend sein.

Wenn polnische und wenn — bei einer anderen politischen Konstellation — der Zentrumspartei angehörige Anwälte von der Verteidigung ausgeschlossen, wenn katolischen Soldaten Verteidiger aufgezungen werden, die sie nicht wollen, so mögen sie sich bei der Zentrumspartei dafür bedanken. Freilich darf nach dem auf Betreiben des Zentrums gefaßten Beschluß der Kommission jeder Rechtsanwalt bei dem Gerichtsherrn den Antrag auf Zulassung als Verteidiger im einzelnen Falle stellen, und die Uebernahme der Verteidigung soll ihm gestattet werden, wenn nicht eine Gefährdung der militärischen Interessen oder eine Gefährdung der Staatsicherheit zu beorgen ist.

Diese Formel ist sehr leicht niederzuschreiben, wenn der Anwalt wegen seiner Besinnung dem Gerichtsherrn nicht paßt. Die Vorschrift ist also ganz werthlos. Dazu kommt, daß die Anwälte, welche etwas auf sich halten, regelmäßig nicht an die Gnade des Gerichtsherrn appelliren werden.

Etwas erreicht hat die Kommission dadurch, daß sie die Frivolitätsstrafe für Einlegung von Rechtsmitteln beseitigt hat. Dieses Lob bedeutet indeß nicht viel, da die barbarische Frivolitätsstrafe selbst die regierungsfähigen Zentrumslente nicht gut konserviren konnten, nachdem sogar die Nationalliberalen gegen sie Stellung genommen hatten.

Das Plenum des Reichstags hat noch eine erhebliche Arbeit im Interesse der Freiheit zu verrichten, wenn auch nur die reaktionärsten Vorschriften aus dem Entwurf der Kommission beseitigt werden sollen. Die sozialdemokratische Fraktion wird ihre Schuldigkeit thun. Ihr Streben ist auf die Beseitigung der besonderen Militär-Strafgerichtsbarkeit überhaupt gerichtet. Sie wird aber schon

seht energisch dahin zu wirken suchen, daß diese Gerichtsbarkeit eingeschränkt und dem Angeklagten vor den Militärgerichten der erforderliche Rechtschutz gewährleistet werde. Ob und wie weit dies gelingen wird, ist freilich bei der traurigen Haltung der bürgerlichen Parteien, besonders des Zentrums, zweifelhaft. Zweifelhaft ist auch, ob nicht die leidige Frage des bayerischen Reservatrechts-Anspruches auf einen eigenen obersten Gerichtshof die ganze Vorlage zum Scheitern bringen wird. Sehr bedauerlich würde dies freilich auch nicht sein!

1848.

Erinnerungstage der Revolution.

9. März.

Die Berliner Stadtverordneten berathen im Raths-Kathhaus, dem heutigen Märkischen Provinzial-Museum, eine an den König zu richtende Petition. Der ängstliche Magistrat lehnt die Theilnahme ab. Auf die Beförderung der an den Zeiten beschlossenen Volksversammlungs-Adresse wollen sich die Stadtverordneten nicht einlassen. Das Schriftstück wird nunmehr der Post übergeben. Eine Antwort ist darauf niemals ergangen.

Der Bundestag in Frankfurt a. M. sah sich infolge der mächtigen Bewegung in Süddeutschland veranlaßt, dem Zeitgeist Zugeständnisse zu machen. Am Morgen des 9. März geschah das Unerhörte, daß eine mächtige Fahne in den so lange verfolgten Farben schwarz-roth-gold über Frankfurt wehte.

In Baden und Württemberg werden an demselben Tage die Namen der neuen „März-Minister“ bekannt.

Politische Uebersicht.

Berlin, 8. März.

Der Reichstag beendete heute die erste Lesung der Postnovelle. Der Abg. Lenzmann bezeichnete die Nichtentscheidung der Privat-Postanstalten als ein Segeln in den „sozialistischen Zukunftsstaat“. In eine recht böse Situation brachte unser Fraktionsredner Wurm den sonst so wortgewandten Herrn v. Pöbbecke, als er die Heftigkeit des Briefgeheimnisses nicht bloß in Zweifel zog, sondern seine Bedenken auch mit Beweisen begründete. Herr v. Pöbbecke sah, daß es kein Entrinnen gab und stellte eine Antwort für die dritte Lesung der Vorlage in Aussicht. Bei der hierauf folgenden Beratung des Gesetzentwurfs über die freiwillige Gerichtsbarkeit begründete Stadthagen die von unserer Fraktion gestellten Abänderungs-Anträge, soweit sie den Schutz der nicht deutsch verstehenden Rechtsuchenden bezwecken, warme Unterstützung bei den Polen fanden. Zentrum und Bundesraths-Bertheiler empfahlen die Ablehnung unserer Anträge. Hierauf wurde die Debatte vertagt.

Morgen um 1 Uhr soll zuerst der schleunige Antrag wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen das Mitglied unserer Fraktion Schmidt-Frankfurt erledigt werden, hierauf folgt die Fortsetzung der am letzten Schmerntage abgetroffenen Debatte über die Rechtsfähigkeit der eingeschriebenen Berufsvereine.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat heute die Beratung des Kultusgesetzes fortgesetzt und endlich nach dreitägigen Hin- und Herreden das Gehalt des Ministers bewilligt. Die Kulturkampf-Baureien erreichen heute ihren Höhepunkt und liefern, wie das alljährlich der Fall zu sein pflegt, schließlich in eine kleine Sozialisten-Debatte aus. Wenn die Herren vom Zentrum und von der national-liberalen Partei sich nämlich lange genug über höchst nebensächliche und veraltete Fragen die Köpfe zerbrochen haben, so wirft gewöhnlich jede der beiden Parteien der anderen vor, daß sie die Sozialdemokratie bei den Wahlen unterstützt habe. Namentlich empfinden die Nationalliberalen es schmerzlich, daß in der Nachwahl in Dortmund ihr Mitglied Müller durch unseren Genossen Lütgenau verdrängt wurde; diesen „Verrath“ können sie dem Zentrum, das die Schuld an dem Mißfall der Wahl tragen soll, nicht vergeben. Auch die Verhältnisse in Solingen bereiten ihnen viele Schmerzen, während das Zentrum seinerseits sich durch das Bauchschmerzen der Nationalliberalen vor den Sozialdemokraten in Köln tief verletzt fühlt. Beide Parteien versicherten hoch und heilig, daß es ihnen mit der Bekämpfung des Umsturzes Ernst sei, nur daß das Zentrum von den Mitteln, mit denen die Nationalliberalen der Sozialdemokratie zu Leibe gehen, nichts wissen will. Uns kann das um Grunde genommen völlig gleichgültig sein, wir hielten weder um die Gunst des Zentrums, noch um die der Nationalliberalen, oder überhaupt einer bürgerlichen Partei. Wir haben uns bisher auf unsere eigene Kraft verlassen, und uns dabei am wohlsten gefühlt, und werden das auch in Zukunft so halten.

Zu übrigen brachten die Polen ihre bekannten Klagen über Unterdrückung des polnischen Sprachunterrichts in Posen vor, während die Dänen dieselben Beschwerden in Bezug auf den dänischen Sprachunterricht in Schleswig vorbrachten. Selbstverständlich wurden diese Klagen vom Kultusminister unter Berufung auf die Gefahr der großpolnischen und der dänischen Agitation für unbegründet erklärt.

Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Zur Sammelpolitik. Die führenden Schutzblätter sprechen zwar ausnahmslos mit großer Befriedigung von den letzten Debatten im preussischen Abgeordnetenhaus. Die agrarischen und industriellen Redner vom vorigen Freitag thaten das auch. Nachdem jedoch die stenographischen Berichte über die Sitzung vorliegen, zeigt sich klarer wie je vorher, daß eine Einigkeit nur in den verschwommensten Allgemeinheiten erreicht ist, also da, wo sie eigentlich niemand bezweifelt hat, der überhaupt auf ein Urtheil über unsere Wirtschaftszustände in Deutschland Anspruch erheben kann — daß die Uebereinstimmung aber sofort wieder in die Brüche geht, so wie es sich um konkrete, wirtschaftspolitische Entscheidungen handelt.

Graf Kanitz befürwortete im Deutschen Landwirtschaftsrath jederzeit auf ein Jahr kündbare Verträge; er zog nur aus Opportunitätsgründen seinen dahin zielenden Antrag zurück, ehe ein Beschluß gefaßt wurde. Jetzt spricht er ganz unverbindlich von der Zulässigkeit auch langfristiger internationaler Vereinbarungen: „Wir Landwirthe, so weit ich die Sache beurtheilen kann, sehen keine Veranlassung, weshalb wir den Abschluß von Handelsverträgen auf längere Zeit verweigern sollten, falls die Industrie in ihrer Mehrzahl es wünscht, falls sie es nachher versteht, diese Forderung angemessen zu begründen“. Das sei „einstweilen eine rein akademische Frage“. Der Führer der Agrarier fügt indeß gleich hinzu: „vorausgesetzt, daß die landwirtschaftlichen Schutzblätter, in specie die Getreideblätter nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.“ — Nebenlich hält Herr v. Kardorff es für unmöglich, keine Tarifbindungen einzugehen, er ist aber, wenn die Industrie das als vortheilhaft erachtet, auch selbst mit der Bindung der industriellen Röhle einverstanden. Ja, selbst eine Bindung der Getreideblätter würde er zwar niemals wünschen, jedoch im Nothfalle zugestehen, „wenn schließlich ohne dieselbe Handels-

verträge sich nicht abschließen lassen sollten.“ Aber, und hier lugt eben der Pferdefuß wieder hervor:

Dann wünschen wir natürlich, daß die Getreideblätter einen solchen Werth haben, daß der Landwirth bei denselben überhaupt bestehen kann, was er heute bekanntlich nicht vermag.

Graf v. Schwerin-Löwis begnügt sich vorläufig mit dem Zugeständniß der Industrie, daß eine „längere“ Bindung der Getreideblätter nicht erforderlich sei; „damit ist meines Erachtens der Boden für eine Verständigung in der Hauptsache durchaus gegeben.“

Und die Industrie? Herr Müller hält die Stetigkeit der wichtigeren Auslandsverträge „auf eine gewisse längere Reihe von Jahren“ geradezu für eine Lebensbedingung. Indes er will es offen lassen,

„ob bei zukünftigen Handelsverträgen die Getreideblätter gebunden werden müssen, und in welcher Höhe sie gebunden werden müssen, oder ob das überhaupt geschehen soll.“

Ob die Getreideblätter zu binden sind und in welcher Höhe, darüber kann heute niemand bestimmen, und ich warne die Herren drüber — ich habe es schon neulich gethan —, sich in irgend einer Weise zu engagiren; denn wir können heute nicht wissen, wie über 5 Jahre die Verhältnisse liegen. Die Herren drüber werden demnach selbst zu erörtern haben, ob es nicht für sie vortheilhaft sein wird, nach 5 Jahren die Getreideblätter in einer gewissen Weise zu binden, wenn ihnen eine gewisse Garantie auch nach unten gegeben wird.“

Herr Buedt geht ebenfalls der eigentlichen Schwierigkeit aus dem Wege:

„Ich bin mit meinen Freunden ganz darin übereinstimmend, daß es außerordentlich verfrüht wäre, heute den Grafen Kanitz zu fragen oder die Landwirtschaft zu einer Erklärung zu drängen, wie sie sich stellen würden zur Bindung der Getreideblätter. Die Bindung der Getreideblätter wird sich finden, sie wird von den zukünftigen Verhältnissen abhängen.“

Endlich, der Zentrumsredner Graf Ballestrem hält sich vollends ausschließlich an das vieldeutige und vielgebedeutete Schlagwort von der Sammlung, von dem „guten Willen“ zum Zusammengehen, das „nur dann möglich ist, wenn auf allen Seiten nicht auf dem Äußersten bestanden wird“; im übrigen „walte Gott!“

Es ergibt sich somit immer klarer, daß man vor den Wahlen wenigstens, über die Proklamirung einer sehr unbestimmten Bundesgenossenschaft nicht hinaus kommen wird. Dem entspricht bekanntlich auch der Aufruf aus den Kreisen des Pöbbeckeschen Ausschusses. Der Industrielle wird um die Stimmen der Agrarier buhlen, indem er sich für später die Erwägung vorbehält, wie weit die Getreideblätter zu erhöhen und vertragsmäßig festzulegen seien. Der Agrarier wird nach den industriellen Stimmen angeln, indem er freiberzig versichert, unter Umständen, die jetzt noch nicht zu übersehen seien, könne auch er Handelsverträge unterstützen. „Es ist heute noch zu früh — meint Graf Kanitz — sich die Hände zu binden... wir wollen uns nicht binden, es ist nur ein freundschaftlicher Gedankenaustausch.“ Ich schlage vor — erbot Herr Müller — binden wir uns nach keiner Richtung hin; wir dürfen nicht fünf Jahre vorher sagen, was kommen soll.“

Man vertagt also die eigentliche Auseinandersetzung und geht im Augenblick nur darauf aus, möglichst viele hochschützöllnerische Abgeordnete aller Art zusammenzubringen. Wenn dann nach 1900 die wirklichen Entscheidungen zu treffen sind, so will man sehen, ob die agrarische Hochfluth noch so stark ist wie heute, was ja in erster Linie von der Entwicklung der Getreidepreise in den nächsten Jahren abhängen wird.

Für die Arbeiter ist nach wie vor die Lage vollkommen geklärt. Was sie thun können, diesem „grundfänglich“ zu allem fähigen hochschützöllnerischen Michimaichi das gemeingefährliche Spiel zu verderben, werden sie bei den nächsten Wahlen thun. Beug vor! rufen wir mit Johannes von Miquel und William von Noon aus.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags hat am Montag Abend unter dem Vorsitz des Grafen Hompesch ihre Berathung zu den Beschläffen bezw. Anträgen der Budgetkommission bei der ersten Beratung des Flottengesetzes begonnen. Die „Germania“ berichtet darüber: Nachdem der Abg. Müller-Judva ein eingehendes Referat über die bezüglichen Verhandlungen der Budgetkommission erstattet hatte, erfolgte in der Form einer Generaldiskussion eine gegenseitige Aussprache. Die Diskussion wurde nicht zu Ende geführt und soll Dienstag Abend fortgesetzt werden. Abstimmungen und Beschlüsse sind also am Montag noch nicht erfolgt.

Von anderer Seite wird mitgetheilt, daß die bayerischen Mitglieder der Fraktion aufs lebhafteste gegen die Politik Dr. Lieber's gesprochen haben und gewillt seien, gegen die Vorlage zu stimmen.

Wenn es wirklich so kommt, daß ein erheblicher Theil des Zentrums seine Gegnerschaft gegen die Vorlage nicht nur durch das viel beliebte Sichabkommandirenlassen, sondern durch Abgabe seiner Stimmen bezeugt, so würde dadurch die Annahme der Vorlage zwar nicht in Frage gestellt sein, wohl aber würde die Einheit des Zentrums stark erschüttert werden. Das wäre der erste „Erfolg“ der Streberpolitik bezerr um Lieber.

Die chinesische Frage. In England haben die Mittheilungen von den neuen russischen Forderungen die durch den Abschluß der Anleihe kaum beruhigte Mißstimmung von neuem und im vermehrten Maße entfacht. Im Unterhause erklärte Curzon am Montag, daß noch keine offizielle Bestätigung der betreffenden Gerüchte eingetroffen sei; es ist jedoch kaum zu bezweifeln, daß sie sich durchaus bestätigten werden; nach einer „Neuer-Meldung“ soll China bereits in allen Stücken nachgegeben haben. Die „Times“ erklären, England müsse sich dem Prinzip der „verschlossenen Thüren“ aufs äußerste widersetzen; man müsse bereit sein, selbst der Möglichkeit europäischer Verwicklungen muthig entgegenzutreten.

Japan soll nunmehr, wie schon seit längerer Zeit vermuthet wurde, auch die Erklärung beim Hofe in Peking abgegeben haben, daß es Wei-Hai-Wei nicht zum Mai, dem dafür festgesetzten Termin, räumen wolle. Japan will gegenüber dem in russische Hände gerathenen Port Arthur am Eingang in den Golf von Pestschi die Wacht behalten.

Der Konflikt auf Korea soll wegen der Verpachtung der Doer-Zusel bei Japan an Rußland entstanden sein. Den Minister des Auswärtigen, der dieses Abkommen geschlossen hatte und zuerst seine Entlassung nehmen mußte, dann aber durch russische Einwirkungen wieder in sein Amt eingesetzt wurde, wollen die übrigen Kabinettsmitglieder in Anklagezustand versetzt wissen; dieselben haben in gesamt ihr Amt niedergelegt, um gegen das neue Zugeständniß an Rußland zu protestiren.

Deutsches Reich.

— Von dem Rücktritt des Herrn v. d. Rade soll wieder gesprochen werden, doch finden diese Gerüchte auch jetzt wenig Glauben.

— Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat in einem Erlaß an die königlichen Eisenbahn-Direktionen bestimmt, daß von den am 1. April d. J. hinzukommenden 100 Stellen für Fahrkarten-Ausgeber und Ausgeberinnen 50 Stellen für diejenigen von den übrigen, welche von Militärämtern etwa nicht begehrt würden, ausschließlich mit vollbeschäftigten Geflümmen zu besetzen sind.

Das Motiv dieser Maßregel dürfte weit mehr die Beschaffung recht billiger Arbeitskräfte als die Eröffnung neuer Berufsarten für die Frauen sein.

— Herbert, der geniale Sohn des Herzogs von Lauenburg, soll nun doch wieder eines der am reichsten dotirten Rentkinder erhalten, er soll an Stelle des demnachst nach Paris veretzten Fürsten Adolfin Wolfshäfer in Petersburg werden. Der bisherige Wolfshäfer in Paris, Graf Münster, soll in den Ruhestand treten. Herbert's Versorgung wird ihm neben prächtiger Dienstwohnung, 150 000 M. jährlich einbringen.

Ja, war den Paps zum Vetter hat, kann Kardinal leicht werden.

— Die Entwicklung der Kleinbahnen in Preußen. Die Entwicklung der Kleinbahnen ist nach der Zeitschrift für Kleinbahnenwesen auch in dem Jahre vom 1. Oktober 1896 bis 30. September 1897 in erfreulicher Weise weiter fortgeschritten.

Die Gesamtzahl der nach dem Inkrafttreten des Gesetzes genehmigten Kleinbahnen stellt sich am 30. September 1897 auf 180 gegen 129 an demselben Zeitpunkte des Jahres 1896. Von diesen 180 Kleinbahnen befinden sich bereits im Betriebe 120 Bahnen, in der Ausführung begriffen sind 60. Von ihnen dienen dem Personenverkehr 62, dem Güterverkehr 10, dem Personen- und Güterverkehr 108, insbesondere dem Personenverkehr in Städten und deren Umgebung (nebenher auch dem Güter- und Gepäcksverkehr) 64, dem Fremden-(Bade-) Verkehr 9, dem Personen- und Güterverkehr für Handel und Industrie 88, für landwirtschaftliche Zwecke 54 und annähernd in gleichem Maße für Handel und Industrie wie für Landwirtschaft 15. Als Betriebsmittel dienen Lokomotiven bei 104, elektrische Maschinen bei 43, thierische Kraft (Pferde, in einem Falle auch Ochsen) bei 22 und theils Pferde, theils elektrische Maschinen bei 7 Bahnen, ferner Drahtseile und theils Lokomotiven, theils elektrische Maschinen bei je 1 Bahn, sowie theils Lokomotiven, theils Pferde bei 2 Bahnen.

Von den jetzt im ganzen vorhandenen 284 Kleinbahnen entfallen auf Ostpreußen 4, Westpreußen 6, Berlin 8, Brandenburg 26, Pommern 21, Polen 8, Schlesien 15, Sachsen 22, Schwedwig-Holstein 14, Hannover 12, Westfalen 11, Posen-Raffau 21 und die Rheinprovinz 56.

— Der Abg. Cassermann, einer der sonst linksstehenden national-liberalen Abgeordneten, äußerte sich auf der in Karlsruhe stattgefundenen Landesversammlung der national-liberalen Partei, daß die langfristigen Tarifverträge für die deutsche Industrie eine unbedingte Nothwendigkeit seien, fügte aber hinzu, jedenfalls werde die national-liberale Partei bei dem seinerzeitigen Abschluß neuer Handelsverträge keinen Aufstand nehmen, einen höheren Getreidezoll zu bewilligen, falls die Lage der Landwirtschaft noch so ungünstig wie gegenwärtig sein sollte. Diese Darlegungen fanden stürmischen Beifall.

Der Mann, der aber so gesprochen hat, wird in seinem jetzigen Wahlkreis nicht mehr in den Reichstag gewählt werden.

Ist das nicht auch ein Zeichen, wohin die national-liberale Förderung der Sammlungs-politik führen wird?

— Polizei im Kunstempel. Aus Gorkh wird der „Berl. Morgenztg.“ geschrieben:

„Das Drama ‚Barthel Turas‘ von Philipp Langmann, welches gegenwärtig, ähnlich wie die ‚Wexer‘ Interesse erregt, war vor einigen Wochen am hiesigen Stadttheater mehrere Male zur Aufführung gelangt, mußte aber, da ihm das Publikum wenig Zuspruch erwies, vom Repertoire abgesetzt werden. Die gestrige Sonntags-Nachmittags-Vorstellung des Dramas, welche auf Wunsch der Gewerks- und Arbeitervereine stattfand, bot ein wesentlich anderes Bild; die Ränge des Stadttheaters waren von einer andächtigen Menge bis auf den letzten Platz gefüllt. Aber auch die Polizei war stärker als sonst vertreten. Allein die Haltung der Arbeiterbevölkerung, die nach jedem Ute brausenden Beifall spendete, war musterhaft. Dem Darsteller des Barthel Turas, Herrn Bela Duschall, wurde ein Riesenerbeerkranz mit einer prachtvollen rothen Schleife auf die Bühne geworfen. Das gab der Polizei Veranlassung, sofort bei der Direktion zu erscheinen und sich den Kranz vorlegen zu lassen, um von der Schleißen-Aufschrift Kenntniß zu nehmen. Bereitwillig wurde dem Ersuchen nachgegeben, denn es stand nichts anderes auf der Schleife als die Worte: ‚Dem Künstler für die lobenswerthe Darstellung des Barthel Turas.‘ Die Polizei hat also vergeblich gehofft, wieder einmal das gefährdete Vaterland retten zu können.“

— Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Amlich wird aus Kempen (Posen) gemeldet: Heute früh 9 1/2 Uhr überfuhr ein von Jaroschin kommender Güterzug das Haltsignal und fuhr auf einen in Bewegung befindlichen Dampferzug. Der Zugführer ist schwer, ein Bremser leicht verletzt. Beide Lokomotiven und 15 Wägen sind zum Theil stark beschädigt. Der Verkehr wurde nach 2 Stunden regelrecht wieder aufgenommen.

Posen, 7. März. (Eig. Ber.) Daß das Vereinsgesetz nur noch für Arbeiter und Polen existirt, bewies wieder eine am Freitag, den 4. d. M., im Lambert'schen Saal in Posen abgehaltene, vom All-deutschen Verbande veranstaltete öffentliche Versammlung. Diese Versammlung, in der von einem Korvetten-Kapitän und noch einem anderen Redner Klamm für die Flottenvorlage gemacht wurde, war von mindestens einem halben Hundert Offizieren und Soldaten in Uniform und mit Säbeln bewaffnet besetzt, doch nahm in diesem Falle weder Polizei noch sonst jemand den geringsten Anstoß daran. Es ist dieses um so bemerkenswerther, als gerade hier in Posen mit äußerster Strenge und allerhand Chikanen gegen andere, namentlich polnische Versammlungen vorgegangen wird. Freilich, es wurde ja für die Flotte agitiert und für derartige hochpolitische Versammlungen kann das Gesetz ja ruhig mal übersehen werden, wenn es nur um so schärfer angewendet wird — gegen Arbeiter und Polen. — Eine Diskussion fand in dieser Versammlung natürlich nicht statt.

Tredden, 8. März. (Eig. Ber.) Landtag. Zur Beratung steht der Bergbau- und Hüttenetat. Beim Etat des Steinkohlenwerks zu Zankerode verwendet sich Abg. Horn (Soz.) für bessere Bezahlung der Bergarbeiter. Alsdann kommen die Freiberg- und Silberbergwerke zur Debatte. Der Ertrag dieser Bergwerke geht fortgesetzt zurück und erforderte im Jahre 1896 allein einen Zuschuß von 2 481 424 M., der indeß durch die Ueber-schüsse der damit verbundenen Hüttenwerke auf 1 455 196 M. herabgemindert wird. Die Regierung sucht infolge dessen den Silberbergbau möglichst einzuschränken, während vielfach die völlige Einstellung desselben verlangt wird. Die Vertreter der Freiberg- und Silberbergbau sind im Interesse der dortigen Bergarbeiterbevölkerung für mögliche Aufrechterhaltung des Betriebes. O p h (L) hält den Silberbergbau für nahezu aussichtslos; man möge darum im Interesse der übrigen Bevölkerung den Betrieb einschränken. Für die im Bergbau beschäftigten etwa 3000 Arbeiter werde sich in Industrie und Landwirtschaft anderweit genügend Beschäftigung finden. Der Landwirth, der die Bergarbeiter in seinem Betriebe brauchen könne, wolle als Steuerzahler noch dazu beitragen, diese Arbeitskräfte seinem Gewerbe fernzuhalten. Horn (Soz.) spricht sich für die Einschränkung, aber gegen die vollständige Aufhebung des Freiberg- und Silberbergbaues aus; er hält ein schnelleres Tempo der Abdriftung für möglich, wenn man den freiwilligen Abgang der Arbeiter möglichst unter-

Rühe. Der Hüttenbetrieb sei aufrecht zu erhalten. Man möge versuchen, andere Industrien dort anzusiedeln, damit die Arbeiter nicht auszuwandern brauchen, und die Zuschüsse, die jetzt gezahlt werden, lieber zu Unterhaltungen in dem von ihm erwähnten Sinne verwenden. **Georgi (natl.):** Man möge bedenken, daß man es nur mit älteren Arbeitern zu thun habe, die anderwärts schwer Unterkommen finden; der junge Nachwuchs sei längst befristet. **Goldstein (Soz.)** weist darauf hin, daß die alten Bergarbeiter für die Landwirtschaft untauglich seien und von dieser deshalb gar nicht aufgenommen würden. Die Landwirtschaft könne gar keine dauernde Beschäftigung gewähren, da sie infolge Einführung der Maschinenarbeit nur periodisch zu thun habe. Die Schaffung eines Unterhaltungs fonds, um den Bergleuten den Uebergang zu einem anderen Gewerbe möglich zu machen, sei dringend nötig. Der Finanzminister hält den Uebergang der Bergarbeiter zur Landwirtschaft für ausgeschlossen. Die von Horn angeregte Ansiedelung neuer Industrien habe die Regierung bereits erwogen, sie sei aber sehr schwierig. Zur Aufrechterhaltung des Bergbaues seien ungefähr 1200 Mann notwendig. Die Zuschüsse ließen ein Abnehmen erhoffen.

— **Der württembergische Ministerpräsident v. Mittnacht,** so verläßt er gerüchelt, werde nach Schluß der bevorstehenden Tagung der Landstände sein Amt aufgeben. Zugleich damit sollen Veränderungen in der Regierung auch organisatorischer Art beabsichtigt sein, es soll nämlich das Ministerium des Auswärtigen von der Verwaltung der Verkehrsanklagen getrennt und ein selbständiges Verkehrsdepartement eingerichtet werden.

— **Die Nachsicht der Gerichte gegenüber Unternehmern,** die durch Unterlassung von Schutzmaßnahmen Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährden, wurde in einer Sitzung der Münchener Lokal-Paulskommission gerügt. Unser dortiges Parteiblatz theilt darüber mit:

Einmeister Bertele hatte bei der Auswechslung eines Ladens jedwede Vorsichtsmaßregel, wie Abbohrung und dergleichen, unterlassen. Es wurde Strafanzeige wegen Veranlassung, allein vom Amtsgericht München I wurde Bertele freigesprochen. Der Amtsanwalt legte Berufung ein, worauf das Landgericht München I auf Geldstrafe von 20 Mark eventuell vier Tage Haft erkannte. Als dies in der Sitzung bekannt gegeben wurde, sprach Bürgermeister Brunner das Bedauern aus, daß die Gerichte so geringe Strafen verhängen, so daß es für manche als vorteilhaft erscheine, die Gesetze zu umgehen. So sei im gegenwärtigen Fall durch das Weglassen der Sicherheitsgerüste eine weit größere Ausgabe erspart worden, als die Strafe ausmache. Nachdem durch ein solches Verfahren der Sinn für Gerechtigkeit wenig gefördert, hingegen aber der Baupolizeidienst wesentlich erschwert wird, wurde beschlossen, an die vorgehenden Behörden über den Fall Bericht zu erstatten. Zugleich wurde konstatiert, daß z. B. allwöchentlich etwa 15 bis 20 Bauten wegen Ordnungswidrigkeiten eingestuft werden müssen, daß aber in der Regel solche Einstellungen öffentlich nicht brachtet werden.

Aus dem Oberelsaß, 7. März. (Eig. Ber.) Der Zusammenbruch der „Baseler Unionsbank“, eines Schwindel-Unternehmens erster Größe, erregt hierzulande gewaltiges Aufsehen. Die Bank, deren beide verhaftete Direktoren Witz und Büst bei uns bekannte Persönlichkeiten sind, hatte auf alsäsischem Boden, in St. Ludwig, eine Filiale, bei welcher die Briefe, Einschreibsendungen, Postanweisungen der zahlreichen Kunden, die dem großartig angelegten Massenbetrug zum Opfer gefallen sind, aus allen Gegenden des Reiches zusammenliefen. Den gewaltigen „Aufschwung“ verdankte das Geschäft einer Broschüre, „Der Weg zum Reichthum“, die in äußerst raffinierter Weise auf den Goldhunger unserer Zeit spekuliert und in einer Auflage von nicht weniger als 250 000 Exemplaren zum Verkauf gelangte. Bei Beginn der Einfuhr derselben im Januar d. J. mußte, wie die Blätter berichten, das Personal im Postamt zu St. Ludwig um zwei Beamte vergrößert werden. In welcher kolossalen Umfang das Schwindelgeschäft betrieben wurde, geht u. a. daraus hervor, daß bereits annähernd 150 000 M., welche in St. Ludwig für die Unionsbank eingingen, mit Beschlag belegt wurden. Die Vereingefallenen sind Leute aus allen Berufsständen: Aerzte und Pflarer, Kaufleute und Beamte. Aus allen Gegenden des Reiches kamen sie. Vom fernsten Osten bis zum äußersten Westen, alle, alle wollten reich werden, alle den Tanz ums goldene Kalb mitmachen. Der Vertrauensbubel kannte keine Grenzen. Wenn man bedenkt, daß der Direktor der Union, Büst, der Hauptmacher bei dem Riesenschwindel, bereits fünf Jahre Zuchthaus abgeessen hat, so kann man sich einen Begriff davon machen, wem die Leute in die Hände gefallen sind. Erst wurde in der Schweiz von der sauberen Gesellschaft ein Raubzug unternommen, dann kamen Esch-Verhörungen und das übrige Deutschland an die Reihe; ihm wäre jetzt Oesterreich gefolgt, wenn die Staatsanwaltschaft von Mülhausen nicht gegen den beispiellosen Schwindel eingeschritten wäre.

— **Kapitan zur See Rosendahl** ist, wie jetzt offiziell mitgeteilt wird, zum Befehlshaber an Bord der deutschen Streitkräfte in Kiautschau ernannt worden. Er führt den Titel „Gouverneur“ und steht an der Spitze der Militär- und Zivilverwaltung im Kiautschau-Gebiet.

Nach einer an das Oberkommando der Marine gelangten telegraphischen Meldung sind die Schiffe „Deutschland“ und „Gefion“ unter Führung des Prinzen Heinrich am 8. März in Hongkong eingetroffen.

Oesterreich.

— **Das neue Kabinett,** das von den Deutschen reservirt, aber nicht direkt feindlich aufgenommen wird, setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorksi und Innerer Graf Thun (geschäftsführender), Landesverteidigung Graf Welfersheim (farblo), Eisenbahnen Ritter v. Mittel (farblo), Unterricht Graf Splanzi-Kobeydi (farblo), Justiz Edler v. Rumner (farblo), Finanzen Kaiser (Zungesche), Handel Baernreither (deutschlib. Großgrundbesitzer), Adreban Baron Kaff (deutsch-amerikal), Minister ohne Portefeuille Ritter v. Zenzjevovic (polnischer Schlachze).

Aus Prag wird heute telegraphirt: In der gestrigen Sitzung des Exekutivkomitees der jugoslawischen Partei wurde festgestellt, daß die Berufung des Abg. Kaiser zum Finanzminister im neuen Kabinett Thun ohne Vorwissen des Exekutivkomitees erfolgte. Angesichts der vollendeten Thatsache sei jedoch die Partei nicht gesonnen, Kaiser an der Annahme des Finanzportefeuilles zu hindern. Die Partei behalte sich aber dem Kabinett Thun gegenüber völlige Freiheit vor, so lange bis es dessen Programm kenne.

Die bürgerlichen Deutschen nehmen der Berufung Baernreither's und dem Ministerium Thun gegenüber eine ähnliche Haltung ein.

Wien, 7. März. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wird den Delegationen eine größere Kreditforderung für die Ausgestaltung der Hafenanlagen in Trieste in dem Bocche di Cattaro, wo sich eine Flottenstation der Kriegsmarine befindet, zugehen.

Ungarn.

Budapest, 7. März. Das Abgeordnetenhaus nahm den mit der Deutsche-Schiffahrts-Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag an. Handelsminister Daniel erklärte, der Export Ungarns nach dem Orient sei wohl gering, doch diere dieser Vertrag die Vorbedingungen, auf Grund deren ein Aufschwung zu erwarten sei. Der Tarif habe infolge der fortwährenden Schwankungen nicht auf länger als drei Jahre festgesetzt werden können, doch werde die Deutsche-Schiffahrts-Gesellschaft auch darüber hinaus verpflichtet sein, Ungarn um mindestens 80 pC. wohlfeilere Tarife einzuräumen, als jedem anderen Lande. Von dem Importbranche man nicht zu befürchten, da die Tarife nur für den Export gelten. Der Minister erklärte ferner, Ungarns Schiffahrtsinteressen seien nunmehr nach allen Seiten gesichert, und er wies nach, daß die Vereinigung verschiedener Schiffahrts-Gesellschaften unmöglich und die Schaffung einer einheitlichen, besonderen Schiffahrts-Gesellschaft viel zu theuer wäre.

Schweiz.

Bern, 7. März. (Eig. Ber.) Die Türkei hat in Genf ein Konsulat errichtet und Artif Bey zu dessen Leiter ernannt. Bisher hatte weder die Türkei in der Schweiz, noch umgekehrt die Schweiz in der Türkei eine amtliche Vertretung; die Schweizer in der Türkei stehen unter dem Schutze Deutschlands und Frankreichs und fühlen sich dabei nach bezüglichen Mittheilungen ganz beglückt. In der Schweiz haben allerdings kleinere Staaten und mit geringerem Handelsverkehr als die Türkei konsularische Vertretung, so z. B. Griechenland. Die Einfuhr von Waaren aus der Türkei in die Schweiz betrug 1896 dem Werthe nach 1,82 und die schweizerische Ausfuhr nach der Türkei 3,69 Millionen Franken. Aber trotz dieses Handelsverkehrs ist man in weiten Kreisen der Schweiz der Meinung, daß der neue türkische Konsul in Genf weniger kommerzielle, als vielmehr politische Aufgaben zu erfüllen hat, obwohl das Hauptquartier der jungtürkischen Emigranten nicht in Genf, sondern auf dem benachbarten französischen Boden ist, wo auch ihr Organ erscheint. In der Ueberwachung der Russen ist nun auch die der Türken in der Schweiz hinzugekommen und damit die internationale Organisation der politischen Polizei um ein Glied weiter ausgebaut worden.

Frankreich.

Paris, 7. März. Deputirtenkammer. Auf Anregung mehrerer Senatoren und Deputirten wird an die italienische Deputirtenkammer eine Adresse gesandt werden, in welcher das Beileid aus Anlaß des Todes Cavallotti's zum Ausdruck gebracht wird. Die Adresse hat bereits zahlreiche Unterschriften gefunden.

Paris, 7. März. Die Deputirtenkammer nahm den Artikel 8 des Finanzgesetzes an, welcher die Einführung ausländischer Waaren auf französischen Börsen von der Befreiung und der Zulassung eines Vertreters abhängig macht, der für die Stempel- und Steuerabgaben haftbar ist.

Paris, 8. März. Die Jungen Oberhays haben vom Oberst Picquart einen Brief erhalten, worin dieser seinen Entschluß, keine Zeugen zu bezeichnen, aufrecht erhält. Die Jungen Oberhays werden ein Ehrengericht vorschlagen, um über die Angelegenheit zu berathen. Die beiden Kartellträger Oberhays haben dem Oberst Picquart ihre Zeugen geschickt. Gerüchelt wird, die Bedingungen Oberhays's seien sehr streng gewesen, und zwar 6maliger Angelwechsel auf 20 Schrittl mit Zielen, und im Falle des resultatlosen Verlaufs Kampf auf Degen bis zur vollständigen Kampfunfähigkeit.

— **Das Kassationsgesuch Jola's** läßt sich hauptsächlich auf vier Punkte: 1. das Eingreifen der Generale de Voisbeffe und de Belleuz; 2. die Thatsache, daß aus dem Briefe Jola's „l'accuso“, der in der Absicht seines Verfassers ein Ganzes bildete, nur einzelne Stellen herausgerissen worden sind; 3. zahlreiche Formfehler, die sich bei einer genauen Prüfung der Prozesshandlungen herausstellen werden; 4. die ungenügende Motivirung der Entscheidungen des Schwurgerichtshofes, der alle Schlussanträge der Verteidigung grundsätzlich zurückwies.

England.

— **Im Oberhaus** kam am Montag die indische „Vorwärts-Politik“ nochmals zur Besprechung. Robert's meinte, daß die „Vorwärts-Politik“ nötig sei, weil eine fremde Macht unweit der indischen Grenze unmittelbar an Afghanistan stoße, für dessen Integrität einzuwirken England sich verpflichtet habe. Die Grenzstämme zwischen Indien und Afghanistan könnten die Erfüllung dieser Verpflichtung schwierig machen, wenn ihre Unterwerfung nicht geschehe. Angesichts der Schwierigkeiten, die Rußland schon überwunden habe, sei es lächerlich zu glauben, daß die jehigen in kurzer Entfernung von Afghanistan vorhandenen Hindernisse es von einem Vordringen, falls es dies zu thun wünsche, abhalten würden. Wenn Rußland gestattete, die Hindulisch-Schranke zu überschreiten, so sei ein Angriff auf Indien nur eine Frage der Zeit. Der Parlaments-Untersekretär des Indischen Amtes Earl of Dunslow erklärte hierauf, die von Robert's vertretene Politik würde die Unterwerfung der Grenzstämme in sich schließen, was enorme Kosten verursachen würde. Die Politik der Regierung sei, sich jedes Versuches, eine administrative Kontrolle über diese Stämme zu errichten, zu enthalten und gleichzeitig freundschaftliche Beziehungen mit ihnen zu pflegen. Er könne nicht einsehen, weshalb England eine „Vorwärts-Politik“ infolge des Vordringens Rußlands einschlagen solle, das jetzt den sibirischen Eisenbahnen und den Häfen im Osten seine Aufmerksamkeit zu schenken schreine. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte der Kriegsminister Marquis of Lansdowne, es bestünde nicht der Wunsch, eine Politik im Sinne Robert's sofort durchzuführen oder die indischen Finanzen übermäßig zu belasten; es sei allmähliche Durchführung beabsichtigt und gleichzeitig solle man mit den Stämmen freundliche Beziehungen unterhalten.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 7. März. Der Bericht der schwedisch-norwegischen Unionskommission wurde heute dem schwedischen Reichstag und dem norwegischen Storting vorgelegt. Die schwedische Majorität beantragt: Einen gemeinschaftlichen Minister des Aeußeren, entweder Schwede oder Norweger, wohnhaft in Stockholm; derselbe darf weder Mitglied des Reichstages noch des Storting sein. Ferner Errichtung eines Staatsraths der äußeren Angelegenheiten, bestehend aus wenigstens zwei Schwedischen und zwei norwegischen Staatsräthen; einen Konstitutions-Ausschuß des schwedischen Reichstages und einen vom Storting gewählten Ausschuß, berechtigt, die Staatsratsprotokolle zu prüfen. Der Minister des Aeußeren kann von einem gemeinschaftlichen Reichsgericht angeklagt werden. Das Reichsgericht besteht aus den sechs obersten Mitgliedern der höchsten Gerichte beider Länder, zwölf schwedischen Reichstags-Abgeordneten und zwölf Storting's-Abgeordneten; gemeinsame Diplomatie und Konsulatswesen. Die norwegische Majorität beantragt: Jedes Reich sei an den Ausgaben im Etat des Aeußeren im Verhältnis zu seiner Volksmenge zu betheiligen. Das Konsulatswesen sei auf 15 Jahre gemeinschaftlich, worauf jedes Land berechtigt sein soll, die Aufhebung der Gemeinschaft zu fordern. Die norwegische Minorität beantragt einen besonderen Minister des Aeußeren, besondere Diplomatie und besonderes Konsulatswesen für jedes Land. Die gegenwärtige Mehrheit des norwegischen Parlaments steht auf dem Standpunkte der norwegischen Minorität der Union-Kommission. Ein Ausgleich dieser Bestrebungen mit denen der schwedischen Mehrheit der Union-Kommission, die auch der Meinung des Königs ist, scheint ausgeschlossen.

Italien.

Rom, 8. März. Die Ueberführung der Leiche Cavallotti's gestaltete sich zu einer imposanten Feierlichkeit. Eine ungeheure Menschenmenge hielt die Straßen, in denen die Leiden geschloffen waren, besetzt. Der Zug setzte sich nach 11 Uhr nach dem Bahnhof in Bewegung. An der Spitze marschirte ein Bataillon Infanterie. Garibaldiner in rothen Blousen umgaben den Leichenwagen, der von Kränzen völlig bedeckt war. Im Zuge bemerkte man die Präsidenten der Kammern, viele Senatoren und Abgeordnete, sowie mehrere Minister und Unterstaatssekretäre.

Spanien.

— **Die Wahlbewegung** für die am 27. d. M. stattfindenden Kammerwahlen hat begonnen. Als erste sind die Sozialisten und die Carlisten mit Wahmanifesten auf den Plan getreten. Wenn in Spanien, wo die jeweilige Regierung die Wahlmaschine vollkommen beherrscht, Ueberrechnungen zu gewärtigen sind, dann kommen sie meist nur aus den Reihen der Republikaner, Sozialisten und Carlisten. Bis am 27. v. M. durch königliches Dekret aufgelöste Kammer war im April 1896 unter dem Regime Canovas gewählt worden und umfaßte 306 Konservativen, 87 Liberale, 10 Carlisten, 5 Silvestisten (konservative Dissidenten), 3 Republikaner und 11 so-

genannte Unabhängige. Sagasta brauchte eine starke Majorität, um im Falle auswärtiger Verwickelungen, welche bei den gegenwärtigen Beziehungen Spaniens mit den Vereinigten Staaten sehr im Bereiche der Möglichkeit liegen (siehe auch die Notiz „Zur kubanischen Frage“), den parlamentarischen Kämpfen mit Zuversicht entgegengehen zu können. Man hofft in liberalen Kreisen auf etwa 800 Mandate; die übrigen würden sich dann in der Weise vertheilen, daß den Silvestisten 50, den Nomeristen 20, den Republikanern und Unabhängigen 80 und der Rest der 432 Sitze den Carlisten, den Sozialisten und übrigen kleineren Gruppen zufiele. In auswärtigen Kreisen glaubt überdies das liberale Kabinett, auch auf die Anhänger Sagasta's sowie die Republikaner und Unabhängigen zählen zu können.

Rußland.

Warschau, 8. März. In allen Volksschulen der Weichselprovinz wird demnächst die polnische Vortragsprache für den Religionsunterricht eingeführt.

Die polnische Bourgeoisie, die ihren Frieden mit Rußland gemacht hat, soll mit diesem Zugeständniß die noch national denkenden Kreise des polnischen Volkes über die Befestigung des Nationalismus durch den Kapitalismus täuschen.

Türkei.

Konstantinopel, 8. März. In ihrer Antwort auf die Note des bulgarischen Agenten Maroff stellt die Pforte in Abrede, daß die Truppen in Makedonien und im Bereiche des zweiten Korps vermehrt worden seien; es sei nur eine Inspektion der Ausrüstung des zweiten Korps vorgenommen worden.

Griechenland.

— **Neu geheime** Verträge werden über das Attentat gegen den König von Griechenland verbreitet. Der „Internat. Korresp.“ wird aus Athen geschrieben: Obgleich über die bisherigen Ergebnisse der gegen die Thäter geführten Untersuchung völlige Geheimhaltung bewahrt wird, so darf doch als sicher angenommen werden, daß die Spuren auf einen dritten Thäter geführt haben, dessen wahre Persönlichkeit auch den beiden verhafteten Theilnehmern nicht bekannt gewesen ist. Diese Person scheint kürzlich aus dem Auslande nach Griechenland gekommen zu sein, wo sie unter Anwendung bedeutender Geldmittel den anarchischen Klub der Kardighi und Genossen begründete, aber niemals persönlich direkt hervortrat. Derselbe ist auch offenbar gleich nach Verübung des Mordanschlages aus Athen verschwunden.

Athen, 7. März. Das Gesetz betreffend die Finanzkontrolle und das Abkommen mit den Staatsgläubigern ist endgültig von der Kammer genehmigt worden und wird unverzüglich vom Könige vollzogen werden.

Amerika.

— **Zur kubanischen Streitfrage.** In amtlichen Kreisen wird der „Internat. Korresp.“ zufolge zugefaßen, daß während der letzten Wochen drei höhere nordamerikanische Marine-Offiziere unerkannt sämtliche kubanischen Hafensplätze besucht und dieselben genau befragt haben. Der Senator Hanna, Mac Kinley's nächster Gefinnungsgenosse, erklärte hierauf bezugnehmend, daß Spanien gar nicht in der Lage sei, Kuba gegen einen Angriff der nordamerikanischen Flotte zu verteidigen. Dies wisse man in Madrid sehr wohl und deshalb werde auch Sagasta unter allen Umständen den Frieden anrecht zu erhalten suchen.

Aus Washington liegen noch die folgenden Meldungen vor: Nach einer Konferenz im Weißen Hause, an welcher der Marine-Sekretär Long und mehrere hervorragende Mitglieder des Kongresses theilgenommen hatten, brachte der Vorsitzende des Ausschusses für die Kredite Cannon im Repräsentantenhause eine Bill ein, durch welche dem Präsidenten der Union zu Zweck der nationalen Verteidigung 50 Millionen Dollars (200 Millionen Mark) zur Verfügung gestellt werden. Die Bill wurde dem Ausschusse für die Kredite überwiesen.

Das Repräsentantenhaus nahm die bereits vom Senat genehmigte Vorlage betreffend die Vermeidung der Artillerie um zwei Regimenter von zusammen 1610 Mann an.

Der Marine-Sekretär Long beauftragte den Kommandanten Brownson von der amerikanischen Marine, sich sofort nach England und Frankreich zu begeben, um die dort den Vereinigten Staaten angebotenen Schiffe zu befragen.

Nach einer Depesche aus Jacksonville soll der Dampfer „Dauntless“ unter der Beschuldigung der Freibeuterei von den Spaniern weggenommen worden sein.

Spanien hat die Forderung der Abberufung Lee's zurückgezogen. Man glaubt, daß der Zwischenfall thatsächlich beendet ist. Gegenwärtig heißt es, die Forderung habe lediglich die Form einer Anregung gehabt, welche Spanien sogleich fallen ließ, als es wahrnahm, daß sie keine gute Aufnahme finden würde.

Aus Madrid wird dagegen gemeldet:

Es ist unrichtig, daß Spanien am Sonntag an die Vereinigten Staaten die Forderung der Abberufung des Generalkonsuls Lee in Habana richtete, oder daß es die Absicht hatte, es zu thun. Der General-Gouverneur von Kuba, Blanco, behauptet, daß Lee sich ihm gegenüber stets korrekt verhalten habe. Trotzdem wird die Angelegenheit durch die amerikanische Zingo-Partei dazu benutzt, Zwietracht zwischen beiden Ländern zu erregen.

Der Minister des Auswärtigen hat erklärt, bezüglich des Generalkonsuls Lee sei ihm in jüngerer Zeit keinerlei Mittheilung gemacht worden; der Minister hat es abgelehnt, sich über die Frage bezüglich der Schiffe zu äußern. — Wie der „Liberal“ meldet, hätte der Minister des Auswärtigen einem Berichterstatter gegenüber erklärt, die Vereinigten Staaten hätten beschlossen, daß die Schiffe, welche die Unterhaltungen nach Kuba bringen werden, keine Kriegsschiffe sein sollen. Das offizielle Blatt erkennt somit an, daß eine Reklamation Spaniens bezüglich der Schiffe vorliegt.

Ferner wird aus Madrid unter dem Datum des 8. d. M. gemeldet: Nach einem Augenblick der Unruhe ist man hier nunmehr überzeugt, daß der Friede nicht gestört werden wird, und daß die Beziehungen zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten freundschaftliche bleiben werden. In allen politischen Kreisen versichert man, daß die letzten Sensationsdepeschen vollständig entstellend gewesen seien, insofern man ihnen eine gegen die zwischen den beiden Regierungen bestehenden diplomatischen Beziehungen gerichtete Tendenz gab. Beziehungen, welche nicht einen Augenblick ihren wohlwollenden Charakter verloren hätten.

So einfach liegen die Verhältnisse zwischen Spanien und der großen nordamerikanischen Republik nun doch nicht, daß Erklärungen zwischen den Regierungen den Frieden sichern werden. Die Erregung in Amerika gegen Spanien, in Spanien gegen die Vereinigten Staaten ist so groß, daß man stets mit einer Störung des Weltfriedens rechnen muß.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen in Hesse-Nassau. In Feschenheim gaben von 974 Wählern 673 ihre Stimme ab. Unsere Parteigenossen errangen den Sieg mit 809-447 Stimmen.

Aus der Redaktion der „Mainzer Volkszeitung“ scheiden, wie diese mittheilt, am 1. April die Parteigenossen K a h e n s t e i n und L i e b m a n n aus Grund freundschaftlicher Vereinbarung mit dem Verlage aus. Am Uebernahme der Redaktion ist Landtagsabgeordneter Philipp Haas erucht worden.

Aus Holland. Der Anarchist Cornelissen, bisher Mitglied der Redaktion des „Nicht vor Allen“, ist nach dem Auslande gegangen, nach Frankreich, wo er in der Nähe von Paris einen Bruder zu wohnen hat. Er verspricht zurückzukommen, sobald die Umstände in Holland sich verbessert haben, will sagen, sobald die anarchische Propaganda wieder mit Hoffnung auf einigen Erfolg gehoben werden kann, was wohl nimmer der Fall sein wird. Mit dem Verschwinden Cornelissen's verliert die holländische Sozialdemokratie einen ihrer glühigsten, obwohl in letzter Zeit keineswegs

gefährlichen Gegner. Die Arbeiterbewegung in Amsterdam aber ist jetzt einen Mann los, der, stehend auf ihre Ungläubigkeit und ihre Unkenntnis fremder Sprachen, sie mit den ungläublichsten Märchen über Töden und Gefährdung der ausländischen Arbeiterparteien zu fördern suchte. Das Wachstum der politischen Erkenntnis des holländischen Proletariats mußte aber notwendigerweise die Position seines falschen Führers unmöglich machen. Er fällt als Opfer der eigenen Verbohrtheit. —

Todtenliste der Partei. In Hamburg verschied am Sonntag im Alter von 68 Jahren der Parteigenosse Friedrich Erdmann an S. Schulz. Er war 31 Jahre lang Vorsitzender des Hamburg-Altonaer Buchdruckerhilfsvereins, um den er sich, wie um die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Buchdrucker überhaupt, sehr schätzenswerte Verdienste erworben hat. Wenige Tage vor seinem Tode war er noch in seinem Berufe als Informaten-Vorsteher des „Hamburger Echo“ thätig. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Durch eine Briefkastennote über einen Betriebsunfall in der Maschinenfabrik des Kommerzienraths Dehne hat das „Vollblatt für Halle“ nach der Feststellung des Landgerichts die dortige Polizei und Staatsanwaltschaft bestraft. Der damalige verantwortliche Redakteur Dr. B. K. wurde aber nur der Fahrlässigkeit (§ 21 des Preßgesetzes) schuldig befunden, weil er die Notiz nicht gelesen hat, sondern zur Zeit ihres Erscheinens auswärts in Versammlungen gesprochen und nur versäumt hat, einen anderen verantwortlichen Redakteur zu bestimmen. Das Urteil lautete auf 50 M. Geldstrafe, während der Staatsanwalt 3 Monate Gefängnis beantragt hatte.

— In Reichensdorf i. B. war, wie uns geschrieben wird, in einer Protestversammlung dem Referenten Estlein das Wort entzogen worden, als er ausgeführt hatte, es werde mit zweierlei Maß gemessen und dadurch verfahren die Arbeiter das Rechtsbewußtsein. Später wurde die Versammlung aufgelöst. Die Wirkung dieser polizeilichen Maßnahmen war ein außerordentlich starker Besuch der nächsten Versammlung, die die Fortsetzung der vorigen bildete. Außer Estlein, der nicht reden durfte, hielt Freyse aus Zwickau unter großem Beifall das Referat. Die bekannte Resolution wurde einstimmig angenommen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zum Schuhmacherstreik. Die Gewerkschaftskommission hatte in dem Bestreben, wenn irgend möglich, eine Verständigung zwischen den Streikenden und den Fabrikanten herbeizuführen, an den Unternehmervorstand ein Schreiben gerichtet, in dem der Verband ersucht war, mit der Kommission in Unterhandlung zu treten. Der Fabrikantenverband hat heute geantwortet, daß er sich auf keinerlei Unterhandlungen einlassen könne. Vor Ausbruch des Streiks würde er bereit gewesen sein, mit der Gewerkschaftskommission zu unterhandeln. Diese letztere Versicherung klingt etwas sonderbar von einer Vereinigung, die es mehrfach abgelehnt hat, mit der Agitationskommission der Schuhmacher zu unterhandeln, nur, weil die Mitglieder derselben nicht, oder nicht alle zu ihren Arbeitern gehören. — Am Streik sind jetzt 457 männliche und 50 weibliche Arbeiter beteiligt; diese haben zusammen 335 Kinder zu versorgen. —

Die Fuhrerträger beschloßen in einer Versammlung am Sonntag, sich dem Verbands der Bauarbeiter anzuschließen und eine besondere Filiale zu errichten. Dieser traten sofort 20 Personen bei; die Leitung der Geschäfte übernimmt vorläufig ein provisorischer Vorstand.

Die Zahlstelle Niddorf des deutschen Holzarbeiter-Verbandes hat in ihrer letzten Versammlung die Delegiertenwahl zum Verbandstag vollzogen. Als Kandidaten für die Wahlabteilung Brandenburg, Weipense, Niddorf, kamen Ehardt-Brandenburg und Henning-Niddorf in Frage. Die Zahlstelle Niddorf entschied sich einstimmig für Henning, weil Ehardt für Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist. — In der Zahlstelle Schönberg fiel die Wahl auf Bleck-Charlottenburg. In derselben Versammlung wurden noch 3 Mitglieder in die Kommission der Bauarbeiter gewählt.

Deutsches Reich.

Ein Kongress der Buchdrucker-Druckarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands tritt am 30. Mai in Berlin zusammen. Geplant ist die Gründung eines Verbandes für diese Arbeitergruppe. Auf der Tagesordnung befinden sich u. a. noch die Punkte: Bericht des Agitationskomitees, Preße, Arbeitsnachweis. Anfragen sind zu richten an Heinrich Jahns, Berlin O., Holzmarktstraße 13.

Die Tischler in Rathenow ersuchen um Vermeidung des Zugzwangs, da sie in einer Bewegung um Durchführung folgender Forderungen stehen: 9/10stündige Arbeitszeit, der Lohn für Tischler und Möbelpolierer soll mindestens 18 M. betragen, bei Akkordarbeit soll ein gleich hoher Lohn garantiert werden; auch wird Gratistlieferung von Zuthaten verlangt, weiter soll Kost und Logis beim Meister abgeschrieben werden. Die Maschinenarbeiter fordern 16 M. 50 Pf. Lohn.

Am Zimmererstreik in Eberwalde, der am 28. Februar begann, sind 63 Mann beteiligt, darunter 43 Verheiratete. Die Forderungen, die den Meistern bereits Anfang Januar vorgelegt worden waren, sind: 9/10stündige Arbeitszeit, 40 Pf. Mindest-Stundenlohn, Ueberland- und Wasserarbeit 5 Pf. Aufschlag pro Stunde. Die Meister haben die Forderungen als berechtigt anerkannt, behaupten aber, jetzt nicht mehr als 36 Pf. Stundenlohn zahlen zu können. Die Vertreter der Gesellen schlugen der Meisterversammlung 38 Pf. Stundenlohn als äußerstes Zugeständnis vor. Da die Meister nicht darauf eingingen, wurde, gemäß einem früheren Versammlungsbeschluss, die Arbeit eingestellt und nun die früheren Forderungen voll aufrecht erhalten.

In Brandenburg a. N. will die Polizei von der dortigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer durchaus ein Mitgliederverzeichnis haben. Der Vorsitzende Kluge hat schon früher einmal eine dahingehende Aufforderung erhalten, der er nicht nachkam. Er erhielt ein Strafmandat, das aber vom Schöffengericht mit der Begründung annulliert wurde, ein Mitgliederverzeichnis könne nur innerhalb der ersten 3 Tage nach der Anmeldung der Vereinsgründung eingefordert werden. Ende Dezember v. J. versuchte die Polizei abermals ihr Glück. Wieder verweigerte der Vorsitzende Kluge die Einreichung der Mitgliederliste, wieder erhielt er ein Strafmandat und abermals erkannte das Schöffengericht (in der Sitzung vom 7. März) aus demselben Grunde wie früher auf Freisprechung, obwohl die Polizei sich darauf berufen hatte, daß die Zahlstelle sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftige.

In Raumburg ist es zwischen streikenden Maurern und importierten Italienern zu einer Prügelei gekommen. Da es auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung heute in der Area der Stumm und Posadowsky ungefähr ebenso steht, wie unter dem Sozialistengesetz zur Zeit der Bismarck und Puttkamer, wo in Ermangelung kräftiger Gründe auch der unbedeutendste Vorgang dazu benutzt zu werden pflegte, die organisierten Arbeiter in dem Kampfe um Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage mit allen Mitteln einer gewaltthätigen und arglistigen Politik zu hindern, so wird es nicht ohne Nutzen sein, den Bericht wiederzugeben, der der „Leipziger Volkszeitung“ über die Raumburger Prügelei von Augenzeugen eingeschickt wurde. Der Bericht lautet:

Wir fuhren mit dem Zuge 11 Uhr von Corbeitha nach Raumburg. Im Bogen befanden sich unter anderen auch fünf dem Aufseher nach italienische Maurer. Ohne daß sie in irgend einer Weise belästigt wurden, wurde doch die Vermuthung geäußert, daß es Streikbrecher wären, die nach Raumburg gingen. Auf Bahnhof Raumburg, wo sie mit uns den Zug verließen, wurden sie, wie es uns schien, von dortigen Maurern empfangen und ihnen in aller Ruhe auseinandergesetzt, daß die dortigen Maurer sich im Lohn-

Kampfe befänden und sie doch lieber wieder abreisen möchten, event. würde man ihnen die Fahrt vergüten. Diesen wohlgemeinten Rathschlägen Folge zu leisten, schienen sie auch nicht abgeneigt, ja sie erklärten sich sogar bereit, das Anerbieten sofort anzunehmen. In diesem Augenblick betrat, wie Schreiber dieses später erfuhr, Agenten den Bahnhof und begrüßten ihre importierte Waare. Daß die vorhin erwähnten Belehrungsversuche nicht im Flüsterton geschahen, ist selbstverständlich, immerhin fanden sie doch in anständiger Form statt, so daß nicht einmal die antirenden Bahnbrechen Veranlassung hatten, einzuschreiten. Erst als einer der oben erwähnten Agenten sich vor dem Perron als Redner versuchte und in seiner Art den Streikenden auseinanderzusetzen wollte, daß sie daran schuld seien, daß er die fremden Leute hierher (nach R.) kommen lassen müsse, erhob sich ein homerisches Gelächter, worauf sich dann beide Parteien die Kirch-Allee entlang bewegten. Schreiber dieses bemerkte hier, wie auch die zugereisten Italiener dann den wahren Sachverhalt begriffen, einer von ihnen, ein schon älterer Mann, erklärte wörtlich: „Der Streik? Wir nichts wissen! Gleich wieder abreisen.“ In diesem Augenblick fiel in einer Entfernung von ca. 30 Metern von uns ein Schuß. Sofort drängte alles nach diesem Punkte, um, wie wir vernahmen konnten, den Schiesser zu entdecken und zu entwaffnen. Wir bemerkten hierbei ausdrücklich, daß nach unserem Dafürhalten weder einer der Streikenden, noch einer der angekommenen Italiener den Schuß abgegeben hatte, sondern nur einer der an der Schußstelle befindlichen Agenten geschossen haben kann. Die Agenten waren auch gleich darauf verschwunden. Da nun beide Parteien scharf aufeinander plähten, entstand eine allgemeine Prügelei, bei der auch das Messer eine Rolle gespielt haben soll. Die Veranlassung zu dieser letzten Affäre hat wohl keiner der Streikenden gegeben, sondern der Umstand, daß von gegnerischer Seite ein Schuß fiel. Vor dem Abgeben des Schusses wurde alles nur in Worten ausgetragen. Auch keiner der italienischen Maurer ist verletzt worden, sondern nur einer der Ausländigen.“

Im Fernhaltung des Zugzwangs von Schneidern nach Stendal ersucht die dortige Filiale des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes, da in dem Geisteslichen Geschäft Differenzen ausgebrochen seien. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die Pfasterrammer in Gerresheim sind wegen der Lohnfrage mit den Unternehmern in Differenzen gerathen und bitten deshalb um Fernhaltung des Zugzwangs.

In der Stadt Schleswig hat, wie uns geschrieben wird, von Mai 1897 bis März 1898 die Zahl der Mitglieder des Lederarbeiter-Verbandes sich von 64 auf 221 gehoben. Es ist dies namentlich der Agitation des Gewerkschaftsartikels zuzuschreiben.

In Wiesbaden haben die Malermeister die Forderungen der Ausländigen bewilligt, die Lünchermeister aber noch nicht. Das Gros der Arbeiter steht daher noch im Streik.

Die Schiesser- und Riegelbecker Leipziger ersuchen um Vermeidung des Zugzwangs, da sie in einer Lohnbewegung stehen.

In der Crimmitschauer Maschinenfabrik (Aktiengesellschaft) sind die Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten, weshalb Zugang von Metallarbeitern aller Branchen nach dort fernzuhalten ist.

Die Tischler Münchens beschloßen in einer von ca. 3000 Personen besuchten Versammlung, daß sämtlichen Meistern, die Bau- und Möbelschler sowie Maschinenarbeiter beschäftigen, folgende Forderungen zugestimmt werden sollen:

1. 9/10stündige Arbeitszeit, 1/2stündige Mittagspause und je eine Viertelstunde Frühstück- und Vesperpause, Sonnabend um 5 Uhr Arbeitsschluß ohne Lohnabzug.
2. Zehnjährige Lohnverhöhung; für Arbeiten nach Feierabend sowie an Sonn- und Feiertagen sowohl im Lohn wie im Akkord 50 pCt. Zuschlag.
3. Bei Akkordarbeit ist der vereinbarte Tagelohn nebst Zuschlag für etwa geleistete Ueberstunden wöchentlich vollständig auszuzahlen.
4. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstätte ist im Bereiche des Bürgerfriedens pro Tag 4 Pf. Vergütung zu bezahlen, bei Arbeiten auf größerer Entfernung je nach Ueberkunft. Bei Benutzung des eigenen Werkzeuges ist eine Entschädigung von 1 M. pro Woche zu bezahlen.
5. In den Vorabenden von Ostern, Pfingsten, Kirchweih, Weihnachen und Neujahr ist um 4 Uhr Arbeitsschluß bei Bezahlung des vollen Tagelohns.
6. Maßregelungen bezüglich der Lohnbewegung dürfen nicht stattfinden.
7. Die bei der Lohnbewegung 1898 gemachten Vereinbarungen sind in der gegenseitig unterzeichneten Werkstattdruckerordnung niederzulegen und diese ist in der Werkstätte aufzuhängen.

Antwort auf diese Forderungen wird bis 20. März verlangt.

In der Fahrradfabrik Freya in Giesing bei München sind die Lohnabzüge im wesentlichen rückgängig gemacht worden. Die Schlosser haben infolgedessen die Arbeit wieder aufgenommen.

Ausland.

Aus Wien wird unterm 8. d. M. gemeldet: Heute traten die Zimmerleute in einen allgemeinen Streik ein. Man hofft jedoch, denselben bald beizulegen, da ein großer Theil der Meister die Forderungen der Arbeiter bereits bewilligte.

Der schweizerische Gewerkschaftskongress, der zu Ostern in Solothurn stattfindet, hat auf seiner Tagesordnung unter anderem Erhöhung der Monatsbeiträge von 20 auf 25 Cts. pro Mitglied an den Gewerkschaftsbund, Revision des Fabrikgesetzes, Schutz des Vereinsrechtes der Arbeiter, Gründung des neuen Gewerkschaftsblattes etc.

Zur Bewegung der Schneider in der Schweiz. Die Errichtung von Betriebswerkstätten forderten kürzlich die Züricher Schneider und Schneiderinnen in einer Resolution, die in öffentlicher Versammlung einstimmig zur Annahme gelangte. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, die Meister von dem Beschlusse in Kenntniß zu setzen und sie aufzufordern, binnen 14 Tagen ihre Stellungnahme zu erklären. Ein Ausbleiben der Antwort ihrerseits wird als Ablehnung der Forderung betrachtet. Eine später einberufene Versammlung soll Stellung zur Haltung der Meister nehmen und über weitere Schritte beschließen. In mehreren anderen Städten der Schweiz haben die Schneider beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten. Das Zentralkomitee des schweizerischen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes hat deshalb beschlossen, wie wir schon in der Sonnabendnummer kurz berichteten, die Sperre über die ganze Schweiz zu verhängen und vom Tage ihrer Erklärung ab die Reise-Unterstützung aufzuheben.

Der zweite Kongress des Papierfabrik-Arbeiter-Verbandes wurde Ende Februar in Kopenhagen abgehalten. Aus dem jetzt erschienenen Bericht geht hervor, daß unter anderem der Beschluß gefaßt wurde, in den Verband der vereinigten Fachvereine einzutreten.

Soziales.

Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben. Nachdem jetzt die Feststellungen über die Beschäftigung von Kindern in gewerblichen Betrieben erfolgt sind, werden die bezüglichen Erhebungen mit den Vereichten der zuständigen amtlichen Organe den Ministerialinstanzen gehen und hier zunächst übersichtlich bearbeitet werden. Alsdann wird durch das Reichsamt des Innern der Kommission für Arbeiterstatistik eine Vorlage über Umfang und Art der Beschäftigung der in Gewerbebetrieben thätigen schulpflichtigen Kinder zur Ermäßigung der Frage zugehen, ob und welche Mittel im Wege der Gesetzgebung gegen die hervorgetretenen Uebelstände zu ergreifen sind.

Krankenkassenwesen. Der Kranken- und Sterbeliste der Bierbrauergesellen von Berlin (G. P.) ist vom Handelsministerium beauftragt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügt.

Arbeiter-Misik. Wie der hannoversche „Vollwille“ mittheilt, sind in der Lindener Eisen- und Stahlfabrik am Papenlamp lezten Sonnabend zwei Arbeiter beim Reigen der Gaszuführungsrohre erstickt. Ein dritter konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden. Der eine der getödteten Arbeiter hinterläßt vier Kinder, der andere eins. Wen die Schuld an dem Unglück trifft, ist noch nicht festgestellt. Das Reinigen der Gaszuführungsrohre wird aller 2-3 Wochen vorgenommen.

Am Würzburg, wo dieser Tage in dem herrschaftlichen Schiessbrunn neun Arbeiter ums Leben gekommen sind, theilt die „Neue Tribüne“ mit, daß schon wieder, und zwar in dem Schiessbrunn Bärenstein, ein Bergsturz sich ereignete, wobei ein Arbeiter — Vater von fünf Kindern — getödtet wurde. Durch die Vorsicht des Werkführers ist noch größeres Unglück verhütet worden.

Die Sachseugänger brechen, wie uns aus Schlesien geschrieben wird, in diesem Jahre sehr früh auf; schon jetzt trifft man sie in kleinen Schaaren, die immer meist aus denselben Törförern kommen, auf den größeren ober-schlesischen Bahnhöfen; in Breslau belagern sie den Centralbahnhof und die Station Nachtern bereits zu Hunderten. Von Nachtern aus gehen jeden Montag, Mittwoch und Freitag Sachseugänger-Extrazüge zu besonders niedrigen Fahrpreisen ab.

Arbeiterfreundlichkeit beim Norddeutschen Lloyd. Uns wird geschrieben: Die Lloyd-Dampfer sind mit einem Maskillkorps von acht Mann besetzt, welche gleichzeitig Steward (Kellner) Dienste in der II. Kajüte verrichten und für diese Leistungen früher bei freier Verpflegung eine monatliche Gage von 45 M. als Musiker, und 10 M. Service als Steward und 10 M. Wäschegehd erhielten. Dies scheint jedoch neuerdings anders geworden zu sein. Im Juli vorigen Jahres bekam ein Musiker in Berlin vom Heuerbureau des Norddeutschen Lloyd in Bremerhaven den Auftrag, mit einem guten Maskillkorps von acht Mann (Streich- und Blechmusik) am 25. Juli in Bremerhaven einzutreffen, um auf einem der Dampfer eingestellt zu werden. Die acht Musiker hatten sich auch bald gefunden u. o. sie trafen zur bestimmten Zeit in Bremerhaven ein. Aber ihre Enttäuschung war groß, als ihnen bei ihrer Ankunft erklärt wurde, daß sie nur eine Gage von 35 M. monatlich erhalten würden und das Service- und Wäschegehd gänzlich wegfalle (also ein Minus von 20 M. monatlich gegen früher). Da die Musiker kein Reisegeld mehr besaßen, um wieder nach Berlin zurückkehren zu können, sahen sie sich — bis auf einen — genöthigt, in das traurige Engagement zu willigen. Und dieses Engagement gestaltete sich noch viel erbärmlicher, wenn man dabei in Betracht zieht, daß ihnen von dieser so geringen Gage die Schiffskleidung, die ihnen vom Heuerbureau geliefert wird, mit einem erheblichen Betrage in Abzug gebracht wird und daß sie für die in der Kajüte verloren gegangenen oder sonst abhanden gekommenen Gegenstände aufkommen müssen. In dieser Kajüte wird nämlich mit Silbergeschirr servirt, wobei zuweilen Gegenstände verschwinden. Für diese als verloren bezeichnete Gegenstände, worüber sie eine Kontrolle nicht einmal besitzen, müssen sie mit einer Buße von 4-10 M. monatlich aufkommen! Aber Service kann der arme Norddeutsche Lloyd nicht zahlen! Wieweil mag da den Musikern von ihrer geringen Gage für ihre nicht leichte Thätigkeit noch übrig bleiben? Unter diesen Umständen war es dann auch nicht zu verwundern, daß schon in den ersten paar Monaten fünf Musiker von besagtem Dampfer desertirten.

In Mülhausen i. E. vereinigten sich am Sonnabend Morgen etwa 40 Arbeitslose, zogen nach dem Gemeindehause ab und begehrten den Herrn Bürgermeister zu sprechen. Derselbe ließ eine Deputation von 4 Mann zu sich kommen, die bitter darüber klagten, daß die Schachmeister bei den Kanalarbeiten nur italienische Arbeiter annähmen, die Einheimischen aber grundschlecht zurückwies; mehrere der Erschienenen seien Familienväter und kaum im Stande, Arbeit auswärts zu suchen, um ihre Familien zu ernähren. Der Bürgermeister nahm die Beschwerden mit Interesse entgegen und versprach, von den verschiedenen Arbeitsstellen sofort Aufklärung zu verlangen.

Den Kleinmeistern im Schuhmachergewerbe wird durch die Fortschritte der Technik das Leben immer lauter gemacht. Der „Münchener Post“ wurde darüber aus der Rheinpfalz geschrieben: Selbst die sogenannte Fildarbeit wird jetzt vielfach mit Maschinen hergestellt. Für die kleinen Fildschuster sind die mechanischen Schnellsohlereien eine gar nicht zu unterschätzende Konkurrenz. Jetzt hat ein Schuhfabrikant in Speyer namens J. L. auch noch einen auswechselbaren Absatz erfunden. Jedermann kann sich danach in Zukunft fertige Absätze kaufen und diese selbst aufschrauben, so daß er stets in der Lage ist, gerade, leichte und billige Absätze tragen zu können, die sich auch von einem Stiefel oder Schuh auf den andern wechseln lassen. Die lästige, mitunter ungenügende Reparatur fällt auf diese Weise ganz weg. Daß darunter die kleinen Schuhmacher wieder am meisten zu leiden haben werden, bedarf keiner näheren Erörterung.

Die schweizerischen Fabrikinspektoren haben im Jahre 1897 wiederum wie in früheren Jahren mehr Revisionen ausgeführt, als Fabrikbetriebe vorhanden sind. Bei 5331 revisionspflichtigen Betrieben wurden 6164 Revisionen vorgenommen, also um 870 mehr als Betriebe. Damit steht die schweizerische Fabrikinspektion ganz allein da. — Der Bund leistete im Jahre 1897 an die Ausgaben der Kantone und Gemeinden für gewerbliche und industrielle Verifikation einen Beitrag von 673 902 Fr., seit 1884 imsgesamt 5 121 148 Fr. an die Gesamtausgaben von 19 156 584 Fr.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Karlsruhe, 8. März. (B. L. Z.). Die nationalliberale Partei brachte in der Verfassungskommission der zweiten Kammer den Antrag ein, für die Wahlen der Abgeordneten der Städte und Kreise zur zweiten Kammer statt der indirekten Wahlen die direkten Wahlen einzuführen.

Paris, 8. März. (B. L. Z.). Deputirtenkammer. Bericht des Finanzgesetzes. Berichterstatter Krantz verliest den Bericht, welcher die Annahme des Amendements Henry-Ravarin betreffend den Gelbmarkt empfiehlt. Viviani befürwortet seinen Gegenantrag, nach welchem eine strengere Kontrolle der Waller und der Coulistiers und erhöhte Garantien für das Publikum eingeführt werden sollen. Finanzminister Cocheret giebt eine Darstellung der Garantien, welche die Regierung im Interesse des Publikums einzuführen gedenkt und unterzieht den Gegenantrag Viviani, der die Anerkennung der Coulistie und die Befreiung der Waller in sich schließt, einer Kritik. Der Antrag Viviani, erklärt der Minister, würde den Markt nicht französisiren und jede Garantie aufheben. Cocheret tritt für den Antrag Henry-Ravarin ein, der der Regierung gestalte, ein Reglement vorzubereiten, das in drei oder vier Monaten in Kraft treten sollte, damit die laufenden Geschäfte abgewickelt werden können. Der Gegenantrag Viviani wird schließlich mit 337 gegen 200 Stimmen abgelehnt. Das Amendement Henry-Ravarin wird mit 333 gegen 135 Stimmen angenommen.

Toulon, 8. März. (B. L. Z.). Auf den hiesigen Schiffswerften haben die Metallarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Venedig, 8. März. (B. L. Z.). Gestern Abend hat gegen das Duell eine stürmische Volksdemonstration stattgefunden. Eine große Menge zog vor das Rathhaus und verlangte das Ausschicken einer unsortierten Fahne als Trauerzeichen für den Tod Cavallotti's. Die Municipalität verweigerte dies. Nunmehr schlug die Menge die Fenster und Laternen ein und zog zur Redaktion der „Gazetta di Venezia“. Militäre Schritt ein und gestreute die Demonstranten; mehrere Personen wurden verhaftet.

Madrid, 8. März. (B. L. Z.). Die Sozialisten beschloßen, in dieser Woche eine große Manifestation zu Gunsten der Revision des Prozeßes von Montjuich stattfinden zu lassen. Fast in allen Provinzialstädten haben derartige Kundgebungen bereits stattgefunden.

Die Londoner Grafschaftswahlen.

London, 4. März.

Die Grafschaftsraths-Wahlen haben den Progressiven einen großen Erfolg gebracht. Es sind 68 Progressiven gewählt, zu denen voraussichtlich noch zwei (für einen Bezirk, wo die Wahl ausgesetzt wurde) hinzukommen werden, während die Konservativen oder Gemäßigten nur 48 Vertreter durchbrachten. Dadurch ist den ersteren im neuen Grafschaftsrath eine entscheidende Mehrheit gesichert, die noch durch die Gruppierung der Aidermen (Ablesten) verstärkt wird. Von diesen sind nämlich zur Zeit 13 Progressiven und 6 Gemäßigte, womit die Progressiven auf über 50 Stimmen kommen gegen einige 50 Gemäßigte.

Die Sozialdemokratische Föderation vereinigte auf ihre fünf Kandidaten 1054 Stimmen, von denen nahezu die Hälfte (494) auf James Macdonald entfielen. Die unabhängige Bürgerpartei erhielt auf vier Kandidaten 1714 Stimmen und brachte außerdem ihr von den Progressiven unterstütztes Mitglied Frank Smith mit 1557 Stimmen durch. Der Verein der Fabrier hatte neben drei Mitgliedern, die als progressivistische Arbeiterkandidaten, und vier (darunter Smith), die für die Unabhängige Arbeiterpartei kandidierten, fünf als Progressiven aufgestellte Mitglieder im Felde. Von allen diesen drangen sechs durch. Neben den drei „Fabrischen“ wurden noch drei mit den Progressiven verbundene Arbeiter- bzw. Gewerkschaftskandidaten gewählt, und drei solcher Kandidaten unterlagen. Die mit den Progressiven gebenden Sozialisten und Arbeiter erhielten sämmtlich sehr viel mehr Stimmen als 1895 für sie oder ihre Vorgänger abgegeben wurden. Hier die Liste der gewählten Sozialisten und Arbeiter, der die Zahlen für 1897 in Klammern beigegeben sind (Mitglieder des Vereins der Fabrier sind mit einem * ausgezeichnet):

- John Burns, Mechaniker, 5126 (3340)
W. Cooper, Böttcher, 3632 (3052)
W. Crooks, Zigarrenarbeiter, 3082 (2906)
Ch. Breal, Schuhmacher, 2733 (1828)
H. H. Taylor, Maurer, 3318 (3061)
W. Steadman, Bootszimmerer, 1555 (1763)
H. C. Phillimore, Verwalter, 4457 (3922)
Sidney Webb, Schriftsteller, 4512 (4256)

Unabhängig:

- * Frank Smith, uspr. Tapezier, 1557 (1814)

Gegen Burns, Steadman und Webb kämpften die Gemäßigten mit besonderer Heftigkeit. Ersterer wurde in einer von Blättern dieser Richtung publizierten schwarzen Liste als „Vanneträger des Sozialismus“, Webb als „Doktrinär“ und Steadman als „Kommunalfixer um jeden Preis“ bezeichnet — Leute, die man unter keinen Umständen wählen dürfe. Aber trotzdem auf der Liste, um sie als unparteiisch erscheinen zu lassen, auch einige konservative Schächer geopfert wurden, erreichte sie so wenig ihren Zweck, wie die in ganz London angehängenen Riesenplakate, auf denen Webb den Steuerzahlern und Burns den Arbeitern denunziert wurden — der erstere, weil er vor der königlichen Arbeitskommission ausgesagt haben sollte, daß er mit Vergnügen die Erhöhung der Grundsteuer auf 20 Schillinge pro Pfund — d. h. 100 pCt. — begrüßen würde (seine Aussage bezog sich auf den unverdienten Wertzuwachs), und Burns, weil er einen demagogischen Antrag, daß alle Arbeiten für den Grafschaftsrath nur an Londoner Geschäfte vergeben werden sollten, als widerförmig und reaktionär bekämpft hatte. Ueberhaupt haben die Gemäßigten durch maßlose Uebertreibungen mehr sich selbst als ihren Gegnern geschadet.

Für die Regierung ist der Ausfall der Grafschaftsrathswahl ein arger Schlag. Sie hat in Ueberschätzung ihrer Stärke den großen Fehler gemacht, den kommunalen Konflikt auf das Gebiet des politischen Parteikampfes zu übertragen. Lord Salisbury, der Herzog von Devonshire, Mr. Chamberlain u. a. haben ihre konservativen und liberal-unionistischen Parteigänger ausgerufen, Mann für Mann für die „gemäßigte“ Fraktion des Grafschaftsraths einzustehen. Das war ein kolossaler Wad, wie Regierungsblätter selbst nachträglich eingestehen. In den administrativen Fragen gruppieren sich die Elemente durchaus anders wie in Reichstagen. Es giebt z. B. sozialpolitisch sehr fortschrittlich gesinnte Leute, die leidenschaftliche Gegner eines irischen Nationalparlaments und der doktrinären auswärtigen Politik der Liberalen sind. Niemand hätte das besser wissen müssen als Herr Chamberlain, und doch hat er mit größter Wollust in das Horn des unkonserativen Salisbury geblasen, von dem niemand Verständnis für муниципале Dinge erwartet, und theilt daher jetzt dessen Niederlage. Die Progressiven haben sich in diesem Punkte als sehr viel bessere Taktiker erwiesen, indem sie die Parole „no party politics“ ausgaben und verschiedene, in муниципале Dingen radikal gesinnte Unionisten und Konservative auf ihre Liste nahmen. Im ganzen Lande gilt ihr Sieg doch als Sieg des Liberalismus und Radikalismus und wird auch bei den Parlamentswahlen als solcher seinen Einfluß geltend machen. Im liberalen Lager herrscht demgemäß großer Jubel, bei dem es selbstverständlich nicht ohne Uebertreibungen abgeht, der aber insofern gerechtfertigt erscheint, als ganz ersichtlich das Pendel der öffentlichen Meinung wieder nach der liberalen Seite zurückgeht.

Bemerkenswerth ist, daß das ganze östliche und fast das ganze nördliche und südliche London Progressiven, die City und das West-End, sowie die im weiteren Nordwesten und Süden gelegenen, mit Villenquartieren durchsetzten Distrikte dagegen fast ausschließlich Gemäßigten in den Grafschaftsrath senden. Die graphischen Veranschaulichungen der Wahl zeigen geradezu zwei kompakte Lager. In bezug auf Wählerstimmen halten sich die beiden Parteien nahezu die Waage.

Die Arbeiter kämpfen vor allem gegen die „Zertrümmerer“, das sind die Gemäßigten oder Konservativen. Letztere bekämpfen mit großer Heftigkeit das Betriebsamt des Grafschaftsraths, vermöge dessen dieser sich von den Kontraktunternehmern unabhängig zu machen sucht. Ferner lehnen sie sich dagegen auf, daß der Grafschaftsrath die Straßenbahnen, die Gas- und Wasserversorgung in eigene Regie übernimmt, und schließlich wollen sie den Rath selbst eines Theils seiner Vollmachten berauben, indem sie die Pläne Lord Salisbury's und des Herrn Chamberlain auf Auftheilung Londons in eine Reihe (zehn oder mehr) selbstständiger Kommunen unterliegen, denen gegenüber der Grafschaftsrath nur noch eine Art Zentrale für die Kanalisation und dergleichen gemeinsame Angelegenheiten bliebe. Natürlich bildet sich kein Mensch ein, daß die ganze Riesenstadt von einer Zentralstelle aus gut verwaltet werden könnte. Auch die Progressiven sind für Theilung der Arbeiten zwischen der Zentralvertretung der Hauptstadt und Bezirksverwaltungsbehörden. Aber sie legen das Schwergewicht auf die erstere, als Repräsentantin der gemeinsamen Interessen, während das Salisbury-Chamberlain'sche Projekt den Reichthumsgeist und die kleinlichen Rücksichten in den Vordergrund schiebt.

Es ist nur natürlich, daß die Sozialisten in diesen Fragen prinzipiell auf Seite der Progressiven stehen, die übrigens selbst von ihren Gegnern als Sozialisten denunziert werden und ausgesprochene Sozialisten in ihrer Mitte zählen. Die Unabhängige Arbeiterpartei hatte z. B. ihre Mitglieder in London angefordert, überall dort, wo kein unabhängiger Sozialist in Frage steht, für diejenigen Kandidaten zu stimmen, die für Fortführung und Weiterausbildung des Betriebsamts, Kommunalisierung der Straßenbahnen, der Gas- und Wasserwerke sind und bezüglich der Arbeiterpolitik des Grafschaftsrathes genügende Bürgschaft darbieten. Dergleichen hatte sie einen Rufus zu gunsten aller vom Londoner Grafschaftsrath anerkannten Kandidaten unterzeichnet, d. h. auch für diejenigen dieser Kandidaten sich erklärt, die direkt als Progressiven in die Wahl gingen. Es wären dies im ganzen acht Angehörige der Arbeiterklasse, darunter John Burns, W. Steadman (Bootszimmerer, war Delegirter des Londoner Internationalen Kongresses), Frank Cooper (Zigarrenarbeiter), H. Wosling (Gewerksführer), C. Breal (Schuhmacher), W. Stevenson (Bauhandwerker), sowie zwei in Woolwich aufgestellte radikale bürgerliche Progressiven.

Reichstag.

57. Sitzung, Dienstag, 8. März 1898, 2 Uhr.

Am Bundesrathstisch: v. Pobjielski, Niederding.

Die Berordnung des Bundesraths betr. die Ausnahme der Kugelschrotmühlen in das Verzeichniß der konfessionspflichtigen Betriebe wird debattelos in erster und zweiter Lesung angenommen.

Hierauf wird die erste Berathung der Novelle zum Postgesetz fortgesetzt.

Abg. Dr. Marcour (Z.) wünscht noch weitergehende Reformen, besonders zu gunsten des platten Landes.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.) erklärt sich gegen die Ausdehnung des Postregals nicht sowohl im Interesse der Privat-Postanstalten als vielmehr in dem des Publikums. Eine konsequente Verfolgung der Gründe, die jetzt für die Ausdehnung des Postregals angeführt würden, bedeute die Einführung des sozialistischen Zukunftsstaates in optima forma. — Wenn das Publikum kein Vertrauen zu den Privatposten habe, würden diese von selbst zu grunde gehen, also liege die pünktliche Beförderung der Briefe und die strikte Wahrung des Briefgeheimnisses in dem eigentlichen Interesse der Privatposten. Uebrigens benutzte der königliche Hof in Dresden auch die dortige Privatpost. Betreffs der Entschädigungsfrage sei er nicht der Ansicht der Sozialdemokraten, daß die Aktionäre keine Entschädigung bedürften. Das beste sei, die Tarifermäßigungen anzunehmen und die Erweiterung des Postregals möglichst einstimmig abzulehnen.

Staatssekretär v. Pobjielski: Der König von Sachsen hat ein Recht auf freie Beförderung seiner Postfachen durch die Reichspost, also kein Interesse an der Beibehaltung der Privatposten. Ich habe gefehlt die Leistungsfähigkeit der Privatposten im allgemeinen durchaus nicht angegriffen, doch giebt es unter ihnen auch recht schlecht geleitete Institute.

Abg. Dr. Förster (wild. Ant.) verlangt weitergehende Ermäßigungen. Das Porto für eilige Briefe könnte auf 5 Pf. und für gewöhnliche Briefe auf 3 Pf. herabgesetzt werden. Die Ausdehnung des Postregals sei durchaus notwendig. Eine Entschädigung aus Billigkeitsgründen sei geboten.

Geheimrath Dambach vertheidigt das juristische Gutachten der Postbehörden. Die Inhaber der Privatposten hätten kein „wohl-erworbenes Recht“, das entschädigt werden müsse. In der Auslegung des Begriffs „expresser Votum“ werde die Post nicht eingezwungen sein.

Abg. Frhr. v. Stumm: Die Vorlage sollte so, wie sie ist, angenommen werden, denn sie bringt angleichende Gerechtigkeit. Warum sollen die 8 1/2 Millionen Bewohner der großen Städte den Vortheil billiger Briefbeförderung haben, von dem die übrigen 44 Millionen ausgeschlossen sind? Auch dadurch wird die belagerte Bevölkerung des platten Landes befördert. Die Ausdehnung des Postregals ist wichtiger als die Porto-Ermäßigungen. Die Entschädigung kann den Privatposten nicht aus Rechts-, sondern aus Billigkeitsgründen gewährt werden und wird höchstens 1/2 Million beanspruchen. Die 2000 Angestellten der Privatposten werden leicht Unterkauf finden.

Abg. Wurm (S.): Die östlichen Landarbeiter kommen wahrhaftig nicht, wie Herr v. Stumm meint, deshalb nach Berlin, weil sie hier durch die Privatposten billigeres Porto für ihre Briefe haben. (Heiterkeit.) Sie werden vertrieben auch durch die Behandlung, die ihnen die Junker und Genußgenossen des Herrn v. Stumm dort bereiten. Von einer Entschädigung der Gesellschaften für den entgehenden Gewinn kann keine Rede sein, nur die Materialentwerthung kann entschädigt werden. Es ist bezeichnend, daß sich jetzt alle die Parteien mit aller Entschiedenheit für eine Entschädigung der Privatposten aussprechen, die konsequent geschwiegen haben, als eine ganze Masse von Privatbetrieben durch die Befreiung vernichtet wurden. Wo waren diese Parteien, als das Sozialistengesetz unsere Druckerereien und Buchhandlungen zerstörte? Kein Mensch hat daran gedacht, die vernichteten Erzeugnisse zu entschädigen. Wenn es sich bei der Aufhebung der Privatposten um eine Maßregel im allgemeinen Interesse handelt, dann braucht eine Entschädigung nicht gewährt zu werden. Herr v. Pobjielski hat gestern behauptet, daß das Briefgeheimnis durch die Post nicht verletzt werde. Er hat gesagt, er betrachte es wie sein Vor-gänger als seine Pflicht, das Briefgeheimnis stets zu wahren. Herr v. Stephan hat es aber nicht gewahrt, darüber liegen authentische Akten vor. Fürst Bismarck schrieb seiner Zeit, unter Herrn v. Stephan sei es etwas schwer gewesen, derartige Wünsche (auf Öffnung von Briefen durch die Post) durchzusetzen als unter Herrn v. Philippborn, also möglich war es auch unter Herrn v. Stephan. Ein Beweis hierfür ist auch ein Gerichtskenntniß vom 22. Februar 1873. In diesem heißt es, daß durch Zeugenaussagen erwiesen sei, daß Briefe, die von auswärtigen Genossen an die Führer der sozialdemokratischen Partei und umgekehrt der Post zur Beförderung übergeben waren, entweder gar nicht oder in solchem Zustand an die Adressaten gelangt seien, daß man deutlich wahrnehmen konnte, wie diese Briefe in der Zwischenzeit an den Seiten aufgeschnitten und wieder geschlossen waren. Ich will noch darauf hinweisen, daß auch in der Sitzung vom 28. Februar 1875 hier im Reichstage verschiedene derartige Fälle angeführt wurden (und noch in jüngster Zeit, am 20. Januar 1896, sprach Herr v. Jagdewski von einer solchen Verletzung des Briefgeheimnisses). Wir behaupten ja nicht, daß einzelne Beamte aus Neugierde das Briefgeheimnis verletzen, sondern sie handeln gewöhnlich im Auftrage der Behörde und zwar meist nicht direkt der Postbehörde, sondern auf Ansuchen der Polizei, die in ihrer Wirkthätigkeit beim Postamt Nachforschungen anstellt, wie sie es z. B. auch bei der Steuerbehörde thut. Es handelt sich also darum, daß auch in solchen Fällen das Briefgeheimnis gewahrt werden muß, ja es ist im Interesse der Neutralität der Post notwendig, daß von ihr aus Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen den Polizeibeamten erhoben wird, der eine solche Verletzung des Briefgeheimnisses verlangt hat. Unser Mißtrauen gegen die Postverwaltung in dieser Hinsicht ist nicht etwa eine willkürliche Saune, sondern es ist eine Folge unserer jahrzehntelangen Erfahrungen. Wir können uns also nicht damit zufrieden geben, wenn das Briefgeheimnis „wie bisher“ gewahrt werden soll, es wird uns dagegen freuen, wenn Herr v. Pobjielski erklärt, er werde absolut auf Wahrung des Briefgeheimnisses dringen.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.) erwidert dem Geheimrath Dambach, daß auch er ein effenes Recht nicht für vorliegend halte, aber er halte es für durchaus notwendig, daß die Privatposten entschädigt würden.

Staatssekretär v. Pobjielski: Wenn ich erkläre, es ist meine vornehmste Pflicht, das Briefgeheimnis zu wahren, so wird dies wohl für die Mehrheit des Hauses genügen. Es ist aber auch meine Pflicht, meinen Vorgänger im Amt zu vertheidigen. Die Post hat sich immer dagegen gewehrt, Auskünfte über den Inhalt von Briefen zu ertheilen, nur wenn Richter und Staatsanwälte eine Auskunft verlangen, muß diesem Ersuchen stattgegeben werden. Den einen Fall aus dem Jahre 1875 kann ich jetzt nicht widerlegen, es war kurz nach dem Kriege und Herr v. Stephan war eben Reichs-Postsekretär geworden. In der Hamburger Versammlungsangelegenheit schwand die Unternehmung, vielleicht kann ich bei der dritten Lesung des Postetats näher darauf eingehen.

Die Diskussion wird geschlossen. Die Vorlage wird an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Es folgt die dritte Berathung des Entwurfs eines Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Grund der in zweiter Berathung des Reichstages unverändert angenommenen Kommissionsbeschlüsse. Von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion sind hierzu eine Reihe von Änderungsanträgen eingegangen, die zum Theil formeller

Natur sind, zum Theil die Fähigkeit, das Amt eines Schöffen zu bekleiden, näher bestimmen. Einer der Anträge verlangt die Aufhebung der landesgesetzlichen Vorschriften, welche das Zueinanderstreiten von Vereinen, welche politische Zwecke verfolgen, verbieten.

Abg. Stadthagen (Soz.) begründet diese Änderungsansprüche. Die ersten Anträge, die an sich formeller Natur sind, haben doch einen gewissen ideellen Werth, dadurch, daß sie es dem Laien ermöglichen, sein Recht selbst durch alle Instanzen zu verfolgen; das Bürgerrecht, Befreiung soll eben eine Rechts-Ordnung schaffen, die dem Rechtsgeheimnis, dem Rechtsleben, dem Rechtsbedürfnis des Volkes vollkommen entspricht. Weitere Anträge betreffen die Heranziehung von Laien zu den Vormundschaftsgerichten; diese ist von eminenter sozialpolitischer Bedeutung. Was die Aufhebung des Verbots des Zueinanderstretens der Vereine anlangt, so haben Sie diesem Gedanken materiell ja längst Ihre Zustimmung gegeben; nach den bekannten Vorfällen ist es dringender notwendig, daß Sie diesen Antrag im Interesse des politischen Ansehens des Reichstages annehmen. Ein weiterer Antrag von uns verucht den Beschwerden gerecht zu werden, die von den Polen, Dänen und allen denen mit vollem Recht erhoben werden, die in gemischtsprachigen Bezirken wohnen. Bei der ersten Lesung haben wir gehört, daß in polnischen Bezirken Amtsrichter Polen selbst deswegen, weil sie nicht deutsch sprechen konnten, eingesperrt haben (sehr richtig! im Zentrum), unter der Behauptung, daß sie deutsch sprechen müßten. Die Regierung hat diese Beschwerden nicht widerlegt; wir müssen dafür sorgen, daß auch auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht der Haß und die politische Voreingenommenheit zu Mißbräuchen gegen die freundsprachigen Elemente führen. Nach der jetzigen Fassung ist es nicht ausgeschlossen, daß eine Verhandlung aufgenommen wird ohne Dolmetscher in einer Sprache, die einige der Beteiligten nicht versteht. Wie leicht kann das benützt werden, um den, der die deutsche Sprache nicht versteht, auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit durch amtliche, notarielle und gerichtliche Akte zu übervotheilen. Ich hoffe, daß Sie unsere minimalen Forderungen bei der dritten Lesung noch berücksichtigen werden.

Zum Schluß noch eine Entschuldigung, daß wir erst in dritter Lesung mit den Anträgen hervorgetreten sind; die Verzögerung beruht darauf, daß versucht wurde, eine Form zu finden, die eine schnelle Vereinbarung ermöglicht.

Stimmen Sie unseren Anträgen zu und schaffen Sie dadurch ein Gesetz, das einen Fortschritt in der Rechtsprechung darstellt und dem Rechtsbewußtsein der Allgemeinheit entspricht!

Abg. v. Czarlinski (Pole) tritt dafür ein, daß in gemischt sprachlichen Bezirken auch in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit darauf Rücksicht genommen wird, ob ein Betheiligter erklärt, daß er der deutschen Sprache nicht mächtig sei. Er des sürwortet den von den Abgg. Auer und Genossen gestellten Antrag, daß in solchen Fällen bei den Beurkundungen ein Dolmetscher zugezogen werden muß.

Abg. Westheim (Z.): Der Abgeordnete Stadthagen hat selbst bedauert, daß er seine Anträge erst jetzt zur dritten Lesung hat einbringen können. Hätte er sie schon zur zweiten Lesung eingebracht, es wäre ihm klar geworden, daß sie auf Annahme im hohen Maße nicht zu rechnen haben. Die Anträge sind in der Kommission sämmtlich geprüft worden, aber mit großer Majorität abgelehnt worden. Die Vorlage ist in zweiter Lesung auch mit den Sozialdemokraten en bloc angenommen worden. Ich bitte Sie, es bei den Beschlüssen zweiter Lesung zu belassen?

Beh. Regierungsrath Dr. Kuntze bittet ebenfalls um Ablehnung der Anträge Stadthagen. Ein Bedürfnis, Dolmetscher für die in Frage kommenden Angelegenheiten zu stellen, sei nicht vorhanden.

Abg. Szunla (Z.) schließt sich den Ausführungen des Abg. v. Czarlinski an. Es gäbe in den polnischen Bezirken viele, die der deutschen Sprache nicht mächtig seien, auch wenn sie beim Militär gestanden haben. Der Richter habe die Pflicht, wenn ein Mann erklärt, er verstehe kein Deutsch, einen Dolmetscher hinzu zu ziehen. Es könne das nicht in das Belieben des Richters gestellt werden. Die Leute werden überhaupt vor Gericht zu uns freundlich behandelt.

Die Generaldiskussion wird geschlossen. Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Schleuniger Antrag Kuntze auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Schmidt-Franfurt. Anträge der Freisinnigen und des Zentrums betr. die Berufungsvereine.)

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstages fand heute der Marine-Etat zur Berathung, und zwar zunächst das Extra-Ordinarium. Eine Reihe von Schlusstrafen für Schiffsbauten wird ohne wesentliche Debatte nach den Anträgen der Referenten bewilligt. Mit Lit. 11 beginnen die Forderungen, die sich aus dem Flotten-Gesetz ergeben. Es entsteht zunächst eine Debatte über den Zeitpunkt, wann das Flottengesetz in das Plenum zu bringen sei. Die ersten Raten zum Bau von zwei Linienschiffen, eines großen Kreuzers, zwei kleiner Kreuzer, zweier Kanonenboote, eines Torpedo-Divisionsboots und die erste Rate zum Bau von vier Torpedobothen werden darauf bewilligt. Eine weitere Reihe von Positionen bleibt unbehandelt, darunter die Forderung von 60 000 M. zur Vergrößerung des West-Frankenhanfes zu Wilhelmshaven. Dr. Müller-Sagan fragt bei dieser Gelegenheit, welche Maßregeln die Regierung treffen werde, die Einschleppung der Lepra aus Kioschau zu verhüten. Staatssekretär Tirpitz erwidert, man habe bisher noch keine Veranlassung gehabt, der Frage näher zu treten. Staatssekretär v. Tziemann: Er habe Gelegenheit gehabt, in Persien zahlreiche Lepraerkrankte zu sehen, aber niemals erfahren, daß Europäer sich angesteckt hätten. Abg. Dr. Müller-Sagan: Auf der Lepra-Konferenz in Berlin sei festgestellt worden, daß sich die Lepra auch auf Weize übertragen könne. Abg. Dr. Kuntze: Die Lepra kann nur durch intimen persönlichen Verkehr übertragen werden, nicht aber in der Weise wie Cholera, Typhus oder ähnliche Infektionskrankheiten. Man kann sich also ganz leicht vor Ansteckung schützen. Bis jetzt ist auch trotz des lebhaften Verkehrs mit China nicht bekannt geworden, daß Lepraerkrankte von dort nach Europa gekommen sind. Außerdem schätze die unsrer Marine herrschende Reinlichkeit und ärztliche Ueberwachung gegen die Ausbreitung. — Zur Erweiterung der Arbeiterkolonie „Prieser Höhe“ in Friedrichort wird eine erste Rate in Höhe von 104 000 M. gefordert. Mehrere Abgeordnete finden den Kostenaufschlag zu hoch, es könne billiger gebaut werden. Es werden 24 000 M. gestrichen. — Es werden weiter einige Forderungen, betreffend Bauten zu kirchlichen Zwecken, diskutirt und zunächst bewilligt. Die Kommission wendet sich darauf zum außerordentlichen Etat. Auch die hier angeführten Forderungen werden unverändert bewilligt, darunter nach längerer Debatte die erste Rate zum Bau eines zweiten großen Trodenboots in Kiel. — Mittwoch soll die Berathung des Ordinariums erfolgen.

In Abgeordnetenhause haben die Abgg. Johansen und Hansen (Dänen) einen Antrag auf Abänderung der schleswig-holsteinischen Landgemeinde-Ordnung (Bestätigung der Kommunalbeamten) eingebracht.

Wahlbewegung.

Im Reichstagswahlkreise Grünberg-Freystadt ist Prinz Georg von Schönau-Carolath auf Saabow als Kandidat der vereinigten Konservativen aufgestellt worden. Wie die „Frankf. Oberz.“ meldet, haben sich die Vertrauensmänner der konservativen Partei des Wahlkreises Züllichau

Schwlebus-Krossen a. d. O. darüber geehrt, Dr. Beer in

Wlogien bei Büchhan als Reichstagskandidaten aufzuführen.

Der Kampf der Behörden gegen den Bauerverein „Rordost“ geht lustig weiter.

Im zweiten Schleswig-holsteinischen Wahlkreise

Flensburg-Kpenrade haben die Vertrauensmänner des

„Bundes der Landwirthe“ beschlossen, für den bisherigen Abg. Zebien

in Neuen, Kreis Nitzeln, hat der Bund der Land-

wirthe beschlossen, bei der Reichstagswahl die Wiederwahl des

von der deutsch-sozialen Partei aufgestellten bisherigen Abgeordneten

Dr. Wielhaben in Hamburg zu unterstützen. Dafür sollen die

Deutsch-Sozialen den konservativen Kandidaten unterstützen.

Aus Halle wird uns mitgeteilt: Am 7. März tagte hier

eine sozialdemokratische Parteiverammlung. Nach einem mit Beifall

ausgenommenen Vortrage des Genossen Manfred Wittich aus Leipzig

über die allgemeine politische Lage und die bevorstehenden Reichs-

tags-Wahlen, wurde der jetzige Vertreter des Kreises, Schriftsteller Genosse

Freih. Kruert, einstimmig als Kandidat für die nächste Reichstags-

wahl proklamirt. — Der „Einbruch“ der Antisemiten in den Wahl-

kreis Salzwedel-Gardelegen wird, wie der „Deutschen

Tagzeitung“ von antisemitischer Seite geschrieben wird, wieder

rückgängig gemacht werden. Von der Kandidatur des Herrn

v. Kröcher, der ihnen ganz sympathisch sei, hätten die Antisemiten

nichts gewußt. Auch im Kreise Stendal-Osterburg werde

die antisemitische Wahlkandidatur nicht aufrecht erhalten werden,

wenn dadurch ein Sieg des Freisinnis oder der Sozialdemokratie

herbeigeführt werden könnte.

In einer Vertrauensmänner-Versammlung der Freisinnigen

Tokales.

Durch die Anstellung eines zweiten Straßenspektors —

ein solcher ist in der Person des früheren Polizeiwachmeisters Herrn

Weber gewonnen worden — ist es dem deutschen Thierschutz-Verein

möglich gewesen, im verflochtenen Jahre eine Steigerung der er-

statteten Anzeigen von Thierquälerei u. von 829 im Vorjahre auf

1253 herbeizuführen. Diese Steigerung legt gewiß das beste Zeugnis

ab für den Eifer des neuen Straßenspektors und der ihm helfenden

Thierschutzfreunde und -Freundinnen! Daß aber dieser Eifer in nicht

wenigen Fällen weit über das Ziel hinausschießt, daß muß der

Vorstand des deutschen Thierschutz-Vereins in seinem Jahresberichte

pro 1897 gewiß zu seinem eigenen Leidwesen selber konstatiren, indem

er eingesehen muß, daß von den 1253 ergangenen Anzeigen nicht

weniger als 303 völlig unbegründet waren und 82 wegen

ungenauer Angaben und mangelnder Zeugen nicht verfolgt werden

kounten. Also fast ein Drittel aller Anzeigen waren entweder völlig

unbegründet oder ungenau und zeugenlos. Das läßt den über-

triebeneren Eifer der Thierschutzfreunde und -Freundinnen in

bestimmtem Maße erscheinen. Der Thierschutz hat ja gewiß

seine Berechtigung und wurzelt in der vorgeschrittenen Kultur,

aber — allzuviel ist ungesund und ein krankhafter Eifer auf

dem Gebiete des Thierschutzes ist nur geeignet, diesen zu diskredi-

tiren. Und solche Leute, die über menschliches Elend stolpern und

nur darauf verpicht sind, Thierquälereien ausfindig zu machen,

können kaum noch ernst genommen werden. Bedenklich mag es auch

erscheinen, daß der Vorstand des Polizeipräsidiums 1500 M. Geld-

prämien zur Auszahlung an diejenigen Schutzhunde, welche die

meisten Anzeigen wegen Thierquälerei erstatteten, überwiesen hat.

Frau vor, die schon vor drei Tagen einmal dort gewesen waren,

aber kein Zimmer genommen hatten, weil ihnen die Preise zu hoch

waren. Vorgefien Abend verlangten sie ein möglichst billiges

Zimmer. Der Pförtner wies ihnen ein Zimmer an. In das

Fremdenbuch schrieb sich der Herr als Kaufmann Rudolf

Scheel, geb. am 6. November 1862 zu Hamburg, mit Frau

ein. Die Gäste, die zwei Tage bleiben wollten, zogen sich

schnell zurück und ließen sich etwas Bier auf ihr Zimmer

bringen. Gestern Morgen sollte der Pförtner sie um 6 Uhr wecken.

Als dieser dann auch klopfte, bekam er keine Antwort. Dagegen

hörte er zweimal ein kurzes Röcheln. Ungesäumt ging er nun in

das nicht verschlossene Zimmer hinein, erste, als er darin einen

starken Gasgeruch wahrnahm, ans Fenster, und riß es auf, dann

sah er sich nach den Gästen um. Diese lagen entleert im Bett.

Sie hatten Beide die Besinnung verloren und lagen regungslos da.

Der Wirth, den der Pförtner herbeirief, holte gleich einige Kerze

und die Polizei. Es war aber nicht mehr möglich, die Bewußt-

losen ins Leben zurückzurufen, die Kerze konnten schließlich

nur noch feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war.

Die Revierpolizei beschlagnahmte die Sachen der Todten und

ließ gestern Vormittag die Leichen nach dem Schauhause bringen.

In Papieren hatte der Mann einen Paß, eine Vorladung und eine

quittirte Rechnung aus einem Geschäft in der Neuen Königstraße

bei sich. Der Paß lautete auf den Kaufmann Rudolf Scheel, wie im

Fremdenbuch eingetragen steht. Die Vorladung bezieht sich auf

einen gestern in Moabit angelegten Termin. Ob Scheel's Be-

scheiterin seine Ehefrau war, ließ sich nicht feststellen. Nach der An-

in der am Sonntag stattgehabten Sitzung des Gesamt-

vorkandes des Zentralvereins für Arbeits-

nachweis berichtete der Vorsitzende Dr. Freund über die

Verhandlungen mit dem Ausschusse des Gewerbegerichts, betreffend

die Wahl einer Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur

Zweck der Aufsicht und Verwaltung des Arbeits-

nachweises. Der Ausschuss des Gewerbegerichts, sowohl Arbeitgeber

als Arbeitnehmer, haben ihre Mitwirkung zugesagt und die Wahlen

bereits vollzogen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Gewählten

auch vollberechtigte Mitglieder des Vorstandes des Zentralvereins

für Arbeitsnachweis werden. Der Vorstand des Zentral-

vereins hat nun einstimmig der Aufnahme der Vertretung der Arbeit-

geber und Arbeitnehmer in den Vorstand zugestimmt. Um dieser

veränderten Zusammensetzung des Vorstandes eine unanschätzbare Grund-

lage zu geben, beschloß der Vorstand, der Generalversammlung eine

entsprechende Aenderung des Statuts vorzuschlagen, wonach die von

dem Ausschuss des Gewerbegerichts gewählten Arbeitgeber und Ar-

beitnehmer ohne weiteres Mitglieder des Vorstandes werden.

Unternehmern und Gewerbe-Ordnung. Das Polizei-

präsidium theilt mit: Gemäß § 120a und § 120b der Gewerbe-Ordnung

wurde gestern, Dienstag, Nachmittag an der Ecke der Leipziger-

und Mauerstraße der 20 Jahre alte Klempnergehilfe Käwert aus der

Goltzstraße zu Schöneberg. Der junge Mann schob einen Handwagen

durch die Leipzigerstraße und gerieth an ein Gasbergwerk zwischen

den Wagen des Branddirektors und eine Droschke. Er verlor den

Kopf, sprang bei Seite und wurde so von dem Wagen gefaßt und

überfahren. Da er einen Schenkelbruch erlitten hatte, so brachte

man ihn in die Charitee. Hier erschien bald nach seiner Ein-

lieferung Branddirektor Giesberg, um sich nach dem Befinden des

Verunglückten zu erkundigen.

In den Nordhafen hat sich Dienstag Nachmittag ein Mann

gestürzt, über dessen Persönlichkeit man sich noch nicht ganz klar ist.

Soweit man von ihm erfahren konnte, heißt er Wichern und ist

obdachloser Bäckergehilfe. Seinen Angaben nach war er einmal

wegen Betrugs angefaßt und bestraft worden, dann hielt er sich

in einer Herberge auf, bis ihm alle Mittel ausgegangen waren.

Zum Unglück wurden ihm in der Herberge auch noch die Stiefel

gestohlen, und ein Paar, das ihm der Pförtner schenken wollte, war

zu klein. Da er nicht mehr betteln wollte, um nicht wieder bestraft

zu werden, und nicht wußte, was er anfangen sollte, so lief er

barfuß nach dem Nordhafen und sprang ins Wasser. Schiffer

Kommunales.

Der Staatsauschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur

Vorbereitung des Stadthaushalts-Stats pro 1898/99 beschäftigte sich

am Montag Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden

Dr. Angerer und Anwesenheit der Magistratskommissare:

Kämmerer Maack, Stadtdiunkt Weise, Stadtbaurath Krause, sowie

der Stadträte Ramstau, Bohm, Kochmann, Bail, Dr. Straßmann und

Wagner mit den Etats der Kämmerei-Verwaltung, die nach

den Vorschlägen des Magistrats festgestellt wurden. Hierbei beschloß

der Ausschuss, der Versammlung zu empfehlen, sie möge an den

Magistrat das Ersuchen richten, in sämtlichen städtischen

Gebäuden die vorhandene offene Gasbeleuchtung möglichst durch

Gasglühlichtbeleuchtung ersetzen zu lassen. Ferner soll

den Forderungen des Gesetzes ist in vielen, namentlich

älteren, gewerblichen Anlagen noch nicht hinreichend

Rechnung getragen. Das Polizeipräsidium, welchem

die Pflicht obliegt, auf die Durchführung der gesetz-

lichen Bestimmungen hinzuwirken und namentlich dafür zu

sorgen, daß die oben eingeführten Forderungen in neu zu

errichtenden Anlagen berücksichtigt werden, dringt deshalb die

gesetzlichen Bestimmungen auf diesem Wege in Erinnerung. Da nach-

trägliche bauliche Aenderungen an schon im Betriebe befind-

lichen gewerblichen Anlagen in der Regel unliebsame

Veränderungen und einen größeren Kostenaufwand

verursachen, so liegt es im Interesse der Gewerbe-Unternehmer,

der Feuerlasten-Beitrag der Hauseigentümer auf 6 1/2 Pf. für je

100 M. der Versicherungssumme erhöht werden.

Ihren ersten Unfall hatte die elektrische Straßenbahn-

linie Alexanderplatz Schöneberg am Montag zu verzeichnen.

Mittags fuhr der Wagen 1208 in der Spandauerstraße, Ecke der

Rathhausstraße mit solcher Gewalt gegen ein ihm entgegen-

kommendes Milchfuhrwerk, daß dem Motorwagen zwei der großen

Scheiben zertrümmert und die Seitenwand teilweise eingedrückt

wurde; auch der Milchwagen erlitt nicht unerheblichen Schaden.

Berfahren wurden bei dieser Premiere nicht verletzt. Der stark

beschädigte Wagon mußte sofort außer Betrieb gesetzt werden.

Der Berliner Volksmarkt findet in diesem Jahre in der

Die Lehrerehrlichkeit des freisinnigen Berliner

Magistrats erstarkt weiter in hellem Licht. Herr Zelle, der

jetzige Oberbürgermeister der Reichshauptstadt und ehemalige fort-

schriftliche Abgeordnete, geht weiter auf der Bahn, die er gewandelt

ist, ehe er in Punkte der Lehrerbefolgung die Rudenschläge vom

Das Kuratorium der Berliner Universität hat bei dem

Kulturminister die Genehmigung nachgesucht, die Hörer der

Universität gegen Unfall versichern zu lassen. Nach

der Ansicht des Kuratoriums soll hierzu jeder Studierende am

Semester-Anfang einen bestimmten Beitrag für die Unfall-Versicherung

Aus den Nachbarorten.

Bei der gestrigen Gemeinderathswahl in Steglitz erhielt

im zweiten Bezirk unser Kandidat Schellhals 127 Stimmen, der

Kandidat der Bürger- und Gewerbepartei 221 Stimmen, zwei

andere Kandidaten je 76 Stimmen. Es kommen danach unsere

Soziale Rechtspflege.

Lebhaftes Kopfschütteln dürfte eine neuere Entscheidung der

Kammer I des Gewerbegerichts hervorrufen. Die Eltern eines jungen

Die ihre Tochter in der Damenschneiderei perfekt ausbildet. Sie be-
hauptet, das junge Mädchen sei vorwiegend als Kaufmädchen demüthigt
worden. Auf die Frage des Vorsitzenden Hellwig, wer das Lehrgeld
gezahlt habe und aus wessen Vermögen es stamme, theilte der Vater
des Lehrlings mit, das Geld sei eigen gewesen. Der Be-
richtshof wies nunmehr die Klage wegen Unzuständigkeit
des Gewerbegerichts ab. Assessor Hellwig führte begründend aus,
nur der Vater könne das Geld fordern, da es seinem Vermögen
entnommen sei; das Gewerbegericht sei jedoch nur zuständig für
Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern, also
müsse Kläger seinen Anspruch beim Amtsgericht geltend machen.

Wegen Unzuständigkeit des Gewerbegerichts wurde der
Schlichter P. mit einem Anspruch an die Erben seines früheren
Arbeitgebers Graul von der Kammer I abgewiesen. Die Witwe
des Herrn Graul hatte bei dessen Tode den Betrieb aufgelöst, sodass
der Kläger zu ihr in kein Arbeitsverhältnis getreten ist. Die
Hinterlassenschaft des Verstorbenen ging laut Testament in
den Besitz seiner Adoptivtochter über. P. hatte nun
Frau Graul und die Adoptivtochter wegen des Anspruchs
verklagt, den er an Herrn Graul zu haben glaubte. —
Assessor Hellwig begründete die Abweisung der Klage damit, dass
nach dem Gewerbegerichtsgesetz die Gewerbegerichte nur zuständig
sind für Streitigkeiten zwischen den Arbeitern und ihren Arbeit-
gebern, nicht aber für Ansprüche der Arbeiter an dritte; mit seiner
Forderung an die Erben müsse sich deshalb der Kläger an das
ordentliche Gericht wenden.

**Haftbarkeit des Arbeiters für den von ihm verursachten
Schaden.** Gegen Herrn Stäber, den Inhaber des bekannten Fester-
reinerungs-Instituts, klagte der Fensterputzer W. beim Gewerbe-
gericht mit dem Antrage, Stäber zur Zahlung eines Restlohnens von
75 Pfennigen und zur Herausgabe der Konten von 3 Mark zu ver-
urtheilen. Beklagter erkannte die Forderung an sich an, behauptete
aber, der Kläger habe in einer Konditorei drei Glas-
einlagen zerbrochen und müsse nach der Geschäftsordnung
der Firma für die Hälfte des Schadens aufkommen. Die
zerbrochenen Scheiben seien 20 Mark werth gewesen. Die an-
gelegene Bestimmung der Geschäftsordnung besagt, der Arbeiter zahle
zur Deckung eines event. vorkommenden Schadens jede Woche 15 Pf.
ein und bleibe nur für die Hälfte des von ihm verursachten
Schadens haftbar. Nachdem die Bestin der Konditorei ver-
nommen worden war, verurtheilte die Kammer VIII des
Gewerbegerichts den Beklagten gemäß dem Klage-Antrage.
Assessor Dr. Meier führte zur Begründung aus: Die an-
gelegene Bestimmung des Vertrages (der Geschäftsordnung) sei
unanfechtbar. Es sei eine Versicherung des Beklagten, der oftmals
Schaden habe, weil er an Glas arbeiten lasse. Nach dem Wortlaut
müsse Kläger die Hälfte des von ihm verursachten Schadens
tragen. Doch sei nicht jeder Schaden, den der Arbeiter irgendwie
anrichte, von ihm verursacht. Das Gericht verlange, wie bei allen
anderen Gesahnsprüchen, den klaren Nachweis, dass nicht bloß die
Handlungsweise des Arbeiters im ursächlichen Zusammenhange
mit dem Schaden stehe, sondern dass auch ein gewisser Vorfall,
mindestens aber Fahrlässigkeit bei der Entstehung des
Schadens mitwirkte. Dieser Nachweis sei trotz der fraglichen Be-
stimmung in der den Arbeitsvertrag erscheinenden Geschäftsordnung
erforderlich, wenn Beklagter die Bestimmung an-
wenden wolle. Der Nachweis sei nicht erbracht worden, denn
die Zeugnisse charakterisiren das Verhalten des Klägers als Unge-
schicklichkeit, und diese sei noch keine Fahrlässigkeit.

Rohe Behandlung eines taubstummen Lehrlings. Der
Schneidermeister Suchfort hatte den taubstummen Sohn des Ar-
beiters Braun in die Lehre genommen, um ihm die Schneiderei so
weit beizubringen, dass er sich später selber weiter helfen könne.
Er rechnete dabei auf die Staatsprämie von 150 M., die für solche
Erfolge den Lehrmeistern zugesichert ist. Nach einem Jahr und acht
Monaten verließ jedoch Braun auf Veranlassung seines Vaters die
Lehre. Letzterer klagte dann gegen Suchfort beim Gewerbegericht auf
Aufhebung des Lehrvertrages, indem er geltend machte, sein Sohn
habe fast nichts gelernt und sei von Suchfort grob mißhandelt
worden. Hierüber wurden Zeugen vernommen. Ein ehemaliger
Arbeiter des Beklagten sagte aus: „Der Schneidermeister versetzte
einmal dem Jungen, der vor dem Kohlenseifen kauerte, um die
Stufe „anzupusten“, einen solchen Fußtritt, daß er mit dem Kopf
auf das Eisen aufschlug. Der Meister machte sich dem
Jungen über haupt nur so oder ähnlich verständig-
lich, zum Beispiel schlug er ihn öfter mit der Faust.
Er schimpfte auch viel; Bezeichnungen wie Spießbube und Verbrecher
waren an der Tagesordnung.“ Die Frau dieses Zeugen bestätigte
den geschilderten Vorgang und setzte noch hinzu, der Beklagte habe
dabei geäußert: „Bestigter Hund, einen richtigen Verbrecherbild
hat er!“ Eine andere Zeugin hat gesehen, wie Suchfort dem Behr-
ling wegen der unrichtigen Ausführung einer Arbeit ins Gesicht
schlug. Dem Knaben blutete infolge des Schlags die Nase. —
Die Kammer I des Gewerbegerichts verurtheilte auf Grund der
Beweisaufnahme den Beklagten, einzuzulassen, daß der Lehrvertrag
aufgelöst werde. Eine nähere Begründung gab der Vorsitzende,
Assessor Tschow, nicht.

Gerihts-Beitung.

Eine Schuhmannsdial. Am 29. Dezember v. J. fand der
Händler Zimm in dem mit seinem Handwagen, auf dem er Reuhschul-
arten feil bot, am Oranienplatz. Der Schuhmann Schimm es
forderte ihn auf, weiter zu fahren. Zimm glaubte das nicht nöthig
zu haben, weil Käufer am Wagen standen. Es kam zwischen ihm
und dem Schuhmann zum Wortwechsel; Zimm sollte wegen Feststellung
seiner Personalien zur Wache sifizirt werden. Wie Schuhmann Schimm es
vor dem Schöffengericht anfragte, habe Zimm sich der Sifizirung
widersezt, so daß er genöthigt gewesen sei, den Zimm anzufassen, um
dessen Sifizirung zu bewirken. Nun habe Zimm ihn vor die Brust
gestoßen und am Halse gewürgt, und um den Angriff abzuwehren,
habe er dann den Säbel gezogen und zweimal nach Zimm ge-
schlagen, einmal gegen den Arm und einmal gegen den Kopf. Der
wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagte Zimm be-
hauptet dagegen, er habe den Schuhmann keineswegs angegriffen,
sondern denselben, der ihn sehr unfaßt am Arm festhielt, durch
eine Armabewegung abwehren wollen. Infolge seiner Er-
regung möge diese Bewegung wohl etwas heftig gewesen
sein, denn dem Schuhmann sei der Helm vom Kopfe
gefallen und nun habe der Beamte mit dem Säbel auf ihn ein-
gehauen. Der Schlag, welchen der Schuhmann gegen den Kopf des
Angeklagten führte, muß ein sehr kräftiger gewesen sein, denn er
durchschlug die pelzmüthe Zimm es und brachte dem letzteren eine
erhebliche Kopfwunde bei, die eine fünfwöchentliche Behandlung
im Krankenhaus nöthig machte. Das Gericht kam auf
Grund der Zeugen-Aussagen zu der Ansicht, daß Zimm
sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt und der
Anfechtung schuldig gemacht habe. Es wäre dem An-
geklagten zu wünschen gewesen, daß der Schlag weniger schwer
ausgefallen wäre, jedoch habe er denselben durch sein Verhalten
selber verschuldet. Es wurde in Uebereinstimmung mit dem An-
trage des Staatsanwalts wegen Widerstandes auf zwei Wochen
Gefängniß und wegen Anfechtung auf drei Tage Haft erkannt.

Die Sifizirung der am 27. April 1894 erlassenen Bau-
polizeiordnung für das Hansaviertel von Berlin
wurde in einem Rechtsstreit des bekannten freikonservativen Schrift-
stellers Dr. Otto Krenndt gegen den Oberpräsidenten angefochten.
Die Verordnung bestimmt, daß die Vorderhäuser dieser Stadt-
gegen mit Ausschluß des Hofsteiner Ufers über dem Erdgeschoß nur
noch zwei Stock und das Dachgeschoß enthalten dürfen. Die Verordnung
schreibt dann weiter vor, die Räume im Dachgeschoß des Vorder-
hauses dürften nur insofern benutzt werden, als sie Zubehörräume
zu den Wohnungen im Erdgeschoß oder den beiden Stockwerken
darüber seien. Herr Krenndt hatte nun Räume im vorderen Dach-
geschoß seiner Häuser Altowae-straße 11 und 12 mit den daran
stehenden Räumen im vierten Stock der Seitenflügel zusammen als
Wohnungen vermietet. Die Polizei war auf Grund der zitierten Ver-

ordnung dagegen eingeschritten. Herr Krenndt erhob vergeblich Beschwerde
beim Oberpräsidenten und klagte dann beim Ober-Verwaltungs-
gericht auf Aufhebung des Verbots. Er sprach der Polizei über-
haupt das Recht ab, derartige Beschränkungen des Baurechts durch
Verordnung zu regeln, und insbesondere suchte er die Bestimmung
über die Benutzung der Dachräume an. Der vierte Senat
des Ober-Verwaltungsgerichts wies jedoch die Klage ab.
Die Polizei sei sehr wohl befugt, eine Einschränkung
der Bauarbeit von Grundstücken im familiären Interesse zum
Zwecke einer besseren Zuführung von frischer Luft anzuordnen und
dadurch auf eine Verminderung der Bevölkerungsdichtigkeit hin-
zuwirken. Andererseits dürfe sie in solchen Fällen aus Rücksicht auf
die Interessen der Bevölkerung eine beschränkte Bauarbeit von
Dachräumen zulassen. Deshalb sei auch die hier angewandte Ver-
ordnung berechtigt.

Auch eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel.
Die Kunst der Auslegung wird von der preussischen Polizei und von
preussischen Richtern mit einer Virtuosität geübt, die geradezu
staunenswerth ist. Das mußte auch Herr Schnell, ein Freund
des Hosenarbeiter-Verbandes, erfahren. Er hatte sich darum bemüht,
die interessirten Arbeiter Pilsan's dem genannten Verbands zuge-
föhren. Schnell schrieb seinerzeit einen Brief an einen
Pilsaner Bekannten, worin er die Einberufung einer Ver-
sammlung anregte, die der Agitation für den Verband ge-
widmet sein sollte. Er ersuchte den Freund, sich nach einem Saal
umzusehen. Das geschah, indes vergeblich, ein Saal war nicht zu
haben. Der Wirth, der besonders in betracht kam, wollte nicht seine
Gäste verlieren. Eines schönen Tages fanden sich nun eine Anzahl
Leute zwanglos im Garten des Lokals zusammen, setzten sich an
mehrere Tische und unterhielten sich über alles mögliche, auch
über die schlechten Zeiten und darüber, was dagegen zu
thun sei. Pöblich erschien der Polizeiverwalter, konfiszirte mehrere
Bücher und halfte Schnell wegen Vergehens gegen das Vereins-
gesetz eine Strafe von 30 M. auf. Schöffengericht und Landgericht
verurtheilten ihn gleichfalls. Die Strafkammer nahm an, die Ver-
sammlung sei schon darum öffentlich gewesen, weil zu dem
Garten jedermann Zutritt gehabt habe. Auf die Revision des
Angeklagten hob der Strafsenat die Vorentscheidung auf,
sprach den Angeklagten frei und führte aus, Schnell
sei des Vergehens gegen die Paragrafen 9 und 17 Absatz 2
nicht schuldig. Der Begriff der öffentlichen Versammlung sei
verkannt worden. Von einer öffentlichen Versammlung könne
nur die Rede sein, wo es sich um eine unbestimmte Menschen-
menge handele oder wo eine unbestimmte Menschenmenge Zutritt
habe. Der Vorderrichter irre, wenn er schon in dem Umfange,
daß der Garten jedermann zur Verfügung gestanden habe, das
Merkmal einer öffentlichen Zusammenkunft sehe. In der Zu-
sammenkunft selbst hätte jedermann Zutritt haben müssen,
wenn die Ausnahme einer öffentlichen Versammlung gerecht-
fertigt sein sollte.

Ein Kompott gegen den Pfarrer Witte? Wegen wissen-
tlich falscher Anschuldigung ist gestern der Schneidermeister Rudolf
Dienke zu zwei Jahren Gefängniß und vierjährigem Ehrverlust
verurtheilt worden. Er hatte das Unglück, im Jahre 1885 wegen
Unterthänigkeit zum Theil unschuldig verurtheilt zu werden. Als
er später, ein ruinirter Mann, aus dem Gefängniß ent-
lassen wurde, gab der aus seinem Streit mit dem Hopsprenger
Bücker bekannte Pastor Witte sich große Mühe, ihm auf die Beine
zu helfen. Er sammelte 1722,77 M. für den Schneidermeister und
ließ sich über das ratenweise an den Schilling abgeführte Geld
Quittungen geben. Später erhob Dienke gegen seinen Wohlthäter
die Anschuldigung, daß dieser einen großen Theil der gesammelten
Gelder unterschlagen habe. In der gestrigen Verhandlung stellte
sich heraus, daß die Anschuldigung jeder Grundlage entbehre;
Dienke blieb allerdings dabei, daß er in gutem Glauben gehandelt
habe, und druckte an, daß er von den politischen Feinden des
Predigers Witte zu der Beschuldigung verleitet worden sei. Er
würde gegen denselben vielleicht keine Anzeige bei der Staatsanwalt-
schaft erheben, wenn er nicht von Personen, die hinter ihm
stünden und die er nicht nennen wolle, dazu auf-
gestachelt worden sei.

Ein Streit unter Patrioten wurde gestern vor dem Schöff-
engericht am Amtsgericht II zum vorläufigen Abschluß gebracht. Per
Dr. phil. Hans Ratge aus Tempelhof, Verlagsbuchhändler, In-
haber der Deutschen Kriegereid und Buchhandlung und Redakteur der
„Parole“, hatte den Schriftsteller Georg Schmidt in Tempelhof
wegen Beleidigung verklagt. Die beiden Freunde hatten früher
gemeinsam gearbeitet. Scheidel hatte eine von patriotischem
Geiste getragene Broschüre über den Herzog Ernst von
Sachsen-Altenburg geschrieben, Dr. Ratge hatte aber diese Broschüre
unbegründet zu verwerten gesucht und sich als Verfasser
gerirt. Dafür hatte Dr. Ratge einen sächsisch-altenburgischen Orden
erhalten. Scheidel war nun der Meinung, er habe den Vogel ab-
geschossen und dieser hätte in sein Knopfloch und nicht in das des
Dr. Ratge gehört. Darob ging die Freundschaft in die Brüche und
dabei der Streit. Im März v. J. kam Scheidel in das Oede'sche
Lokal in Tempelhof, wo er mit Dr. Ratge zusammentraf. Er sagte
zu diesem: „So wenig wie Sie den Sechund geschossen haben, so
wenig haben Sie den Orden verdient!“ Ein anderes Mal kam er
in dasselbe Lokal, befrüchte einen „Doktor“ (Liquor) mit dem
Zusätze: „Aber einen echten, nicht einen Talmi-Doktor“,
und dabei machte er eine Bewegung nach dem unter sich stehenden
Dr. Ratge. In anderen Stellen fügte er erklärend für
den Begriff „Talmi-Doktor“ bei, daß Dr. Ratge sich seine Doktor-
Dissertation von dem Privatdozenten Dessoff habe anfertigen lassen.
Dr. Ratge klagte darauf, der Beklagte bot dem Schöffengericht den
Beweis der Wahrheit an, der aber abgelehnt wurde, weil die ge-
brauchte Form die Absicht der Beleidigung klar erkennen lasse. Das
Urtheil lautete demgemäß auf 100 Mark Geldstrafe. Herr
Scheidel will den Wahrheitsbeweis aber dennoch führen und zu
diesem Zweck die zweite Instanz anrufen.

In Bremen verurtheilte die Strafkammer den Kassirer Andreas
Zalobi, der bei der Firma Bäncks in 7 Monaten 92.000 M. für
Spiel und Pferdewetten unterschlagen hatte, zu 4 1/2 Jahren Ge-
fängniß und 5 Jahren Ehrverlust.

Versammlungen.

Eine hart besuchte öffentliche Versammlung der an Holz-
bearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter tagte am Montag,
den 28. Februar, im Englischen Garten. Der Delegirte zur
Gewerkschaftskommission Viehl erstattete zunächst Bericht über
seine Thätigkeit. Im zweiten Punkt der Tagesordnung gab der
Vertrauensmann die Abrechnung vom letzten Halbjahr. Dem Bestand
vom 1. Halbjahr 1897 von 1528,75 M. und der Einnahme vom
2. Halbjahr von 1141,30 M. stand eine Ausgabe von 139,44 M.
gegenüber, sodas am 31. Dezember 1897 ein Bestand von 1780,61 M.
vorhanden war. Da der Vertrauensmann eine Neuwahl ablehnte,
wählte die Versammlung J a e c h und als Stellvertreter J u h r e.
Bekannt gemacht wurde, daß die noch ausstehenden Listen der
englischen Maschinenbauer so schnell wie möglich abzuliefern sind.
Der Kollege Albert G ä n t h e r, Schönhauserstr. 85/84, erhob in der
Versammlung Beschwerde, daß man ihm vorwerfe, noch eine Liste
vom Streik 1896 nicht abgerechnet zu haben; es wurde ihm sehr
germ erklärt, daß er mit dem p. G ä n t h e r nicht identisch ist.

Der Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands
(Mitglieder-Verein) hielt am 3. März seine regelmäßige Mit-
glieder-Versammlung ab. Millar g referirte über „das Unfall-
versicherungsgesetz“ und führte in kurzen Zügen den Umfang des
Gesetzes und die Organisation desselben aus. Im Anschluß hieran
wurde eine Resolution dahingehend angenommen, daß das Ver-
sicherungsgesetz auch auf die Bureau- und Handelsangestellten aus-
gedehnt werde. Nach Erledigung einiger Internas wurde noch auf
die am 16. März stattfindende öffentliche Versammlung in den
„Arminhallen“, Kommandantenstr. 20, hingewiesen und um zahlreiche
Betheiligung ersucht.

Köpenick. Am Donnerstag fand hier eine öffentliche Versamm-
lung bei Scheer statt, die auch von Frauen sehr gut besucht war.
Frau Z i e h besprach die wirtschaftliche und politische Sklaverei der
Arbeiter und Arbeiterinnen und seßelte die Versammelten besonders
durch ihre zutreffende Kritik über die geplante Verschlechterung des
Koalitionsrechtes. Unter starkem Beifall schloß die Referentin ihre
angezeichneten Ausführungen mit einem Appell an die Frauen, der
Reaktion bei den kommenden Reichstagswahlen die Cuißung für
ihre Verhalten den Arbeitern gegenüber dadurch zu erleichtern, daß die
Frauen sich mit in den Dienst der gerechten Sache stellen und unter
ihren Geschlechtsgenossen für Aufklärung sorgen. Nach An-
nahme einer entsprechenden Resolution wurde die Versammlung ge-
schlossen.

Arbeiter-Gildungslehre. Insekt. 10, v. 1. Zr. Unterrichtsstufe
in Rede- und Schriftsprache (über den Aufbau der Rede, Beschreibung volkswirtschaft-
licher und anderer Grundfragen) Montag, Dr. Conrad Schmidt; in
Nationalökonomie (die volkswirtschaftliche Eintheilung: Großbetrieb und
Kleinstbetrieb; Kartellwesen, Arbeitsmarkt und Arbeitsbeschaffung; die Aufgaben
der Gewerkschaften) Mittwoch, Schriftsteller Richard Calver; in
Geschichte (Hellas und Rom) Freitag, Dr. A. Berthold. — Die
Bibliothek ist an diesen Abenden von 6-8 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag
monatlich 25 Pf., Ausgab (10 Abende) 1 M. pro Jahr. Teilnehmer werden aus-
genommen in der Schule und in folgenden Schulen: Götter, Schulz, Adminal-
straße 408; Reut. Vornjahr, 42; Schäfer, Wollenbaderstr. 87; Wilmert, Woll-
straße 78, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorsitzender: G a n t z l e r,
50. Mantelstr. 128; Kassirer: G. R o n i g s, S. Wiesenbühlstr. 22.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Nachnamen oder eine Post-
ausgabe, unter der die Antwort erhalten werden soll).

Die juristische Ehrenstunde findet am Montag, Dienstag und
Donnerstag von 6 bis 7 Uhr statt.

Vater. Ihr Brief hat uns sehr interessirt. Leider sind wir in der
ganz speziellen Frage, die Sie an uns richten, nicht kompetent. Eine ge-
wissenshafte Redaktion kann sich auf Beantwortung solcher Fragen nicht ein-
lassen, am allermeisten der „Vormärts“, der die speziellen Vorkerevorgänge
nicht verfolgt.

A. 100. Bedel ist am 22. Februar 1840 zu Köln a. Rh. geboren.

Witterungsübersicht vom 8. März 1898, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometer- stand in mm reduirt auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stufe 1-12)	Rellex	Temperatur nach Celsius (0. C. = 32. F.)
Schwelmünde	761	DEO	3	bedeckt	3
Hamburg	761	WNO	2	bedeckt	-0
Berlin	758	NO	2	bedeckt	4
Biesbaden	754	W	2	wolfig	4
München	751	O	3	halb bedeckt	3
Wien	760	SO	3	bedeckt	4
Saparanda	788	WWS	2	Schnee	-9
Petersburg	779	SSO	3	bedeckt	-9
Ort	769	NO	2	heiter	2
Aberdeen	769	W	1	heiter	2
Paris	765	WNO	5	Schnee	-1

Wetter-Prognose für Mittwoch, 9. März 1898.
Mild, jedoch ziemlich trübe mit Niedererschlägen und mäßigen
föhnlichen Winden; nachher etwas kühler.
Berliner Wetterbureau.

Achtung! Achtung!
Genossinnen und Genossen Schönebergs!
Gente Mittwoch, den 9. März, abends 8 Uhr, in der Tischdruckerei,
G a u d i t z 112-114:
Große Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Louise Ziets aus Hamburg über: Die
bevorstehenden Reichstagswahlen und die Frauen. 2. Diskussion. 3. Wahl
einer Vertrauensperson. 1/15
Um zahlreichen Besuch besonders der Frauen bitten!
Die Vertrauensperson.

Morgen Donnerstag, den 10. März, wird Genossin Ziets in
Charlottenburg, Bismarckhöhe, über „Die lex Heinze“ referiren.

Vorläufige Anzeige.
Am 28. März, abends, wird Herr Dr. Wih. Meyer in der
Brauerei Friedrichshain (früher V i s s) einen Vortrag mit vermehrten
und verbesserten Lichtbildern über „die Reise nach Spitzbergen“ halten.
Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen
zu haben.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
Donnerstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Möhring (Wärtischer Hof), Admiralsstr. 18 c:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. P. Hirsch über: „Die lex Heinze
und die Moral der bürgerlichen Gesellschaft.“ 2. Diskussion.
3. Vereinskassenangelegenheiten. 210/8
Salle haben Zutritt. — Neue Mitglieder finden Aufnahme. — Regelm.
Besuch nicht entgegen. Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Verein
für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
Versammlung
am Donnerstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Köllig,
Königsplatzstr. 11-12. 245/3

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Th. Glocke über: Die
Volkseindlichkeit der Sammlungspolitiker. 2. Diskussion. 3. Vereinskassen-
angelegenheiten und Beschiedenes. 210/8
Um zahlreichen Besuch bitten. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlfeste Berlin.
Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, bei Herrn Stechert,
Königsplatzstr. 21:

Brauen-Versammlung der Ladeneinrichtungs-Brauer.
Tagesordnung: Wie können wir die günstige Geschäftslage aus-
nützen. Referent Kollege Wass. Diskussion. 78/5
Kollegen, erscheint Mann für Mann!

Mittwoch, den 9. März, abends 7 1/2 Uhr, bei Herrn Schöning,
Königsplatzstr. 68:

Brauen-Versammlung der Perlmutter-Arbeiter.
Tagesordnung: 1. Unsere gestellten Forderungen und der Streit bei
G i n g e. 2. Rufen anderer Werksstätten-Versammlungen. 3. Beschiedenes.
Es ist dringend notwendig, daß jeder Kollege am Platze ist.
Die Ortsverwaltung.

Sonntag, den 13. d. M., Taubenstrasse 48/49:
„Urania“-Vorstellung.
Vormittags von 9-10 Uhr: Besichtigung. — Um 10 Uhr Vortrag über
„Im dunklen Erdtheil“.
Billets sind nur noch im Arbeitsnachweis, Annahr. 30 zu haben.

Für den Inhalt der Inserat übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 9. März.
Opernhaus. 8. Symphonie. Abend der 1. Kapelle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Deutsches. Johannes. Anf. 7 1/2 Uhr.
Festung. Das große Gemd. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Märch. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Ein gemachter Mann. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Fortunio's Lieb. Die kleinen Kämmer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Central. Die Tugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle Alliance. Venere. Anfang 8 Uhr.
Luise. Die Stühle der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.

Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Residenz. Sein Eid. Anfang 8 Uhr.
Neues. Die Schildkröte. Anfang 7 1/2 Uhr.

Goethe. Hans Gudebein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Fattinaja. Anfang 7 1/2 Uhr.

Friedrich. Wilhelmstädtsches. Die kleinen Bogenschützen. Anfang 8 Uhr.
Alexandervlat. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48-49. Ratskammer. Ausstellung v. 10 Uhr bis 12 Uhr.
Jubiläumstr. 57/58. Täglich (außer Sonntag und Mittwoch) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.

American. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Feen-Palast. Ethnographische Ausstellung.

Shiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein gemachter Mann.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Ein gemachter Mann.
Freitag, abends 8 Uhr: Die Ahnfrau.

Ostend-Theater.
Dr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weh.
Ausstattungs-Novität! Sensationell!
Zum 21. Male:
Unter der Polarsonne.

Kunstliches Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von G. Soudermann und Chr. Wilsch. Gesangstexte von J. Dill. Musik v. C. Schiller.
Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang 6 Uhr.

Morgen und folgende Tage: Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Benefiz für Herrn Jos. Dill. Unter der Polarsonne.
Sonntag Radur. 3 Uhr (A. Preise): Der Wilderer.
Drama in 5 Aufzügen v. Fr. Werhader.

Central-Theater
Alle Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Mittwoch, den 9. März 1898;
Zum 49. Male:
Emil Thomas a. G.
Die Tugendfalle.

Burleske Ausstattungsstücke in Gesang und Tanz in 4 Bildern unter Benutzung eines französischen Sujets von Jul. Freund und Bild. Mannsdorf. Musik von Jul. Gindorf.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: Die Tugendfalle.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Größte Attraktion der Neuzeit.
Nach einstimmigen Urtheile der gesammten Berliner Presse
noch nie dagewesen!
Aschanti-Dorf
und
Javaner-Dorf
150 Eingeborene.
Concert - Volksbelustigungen
täglich ununterbrochen von 11 bis 10 Uhr.
Entree 50 Pfg. Kinder und Militär 25 Pfennig.

Neues Olympia
Riesentheater.
(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel
mit dem sensationellen
Feuer- und Flammentanz
ausgeführt nicht von einer Person, sondern von gesammten Ballet-Personal.
ca. 1000 Mitwirkende,
sowie das neue kolossale
Spezialitäten-
Programm.
Wiederauftreten
von
The jolly british girls.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.
Nachm. 1 Kind frei.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.
Wissenschaftliches Theater.
Invalldenstr. No. 57-62.
Täglich abends 7 Uhr:
Ausstellungs-Saal und Vorträge.
Näheres die Tagesanschlage.

Passage-Panopticum.
Berliner Nachleben
Komödie in 12 pantomimischen Szenen mit Gesang und Tanz.
Vorher:
Theater Variété.



Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler
- und -
Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Reichshallen-Theater.
Leipzigerstrasse 77.
Täglich steigender Erfolg!
Karl Wilhelm,
der aktuelle Humorist,
Rauch- u. feuersprühender
Kratertanz.
Die besten Kraft-Künstler
Brüder Paxton.
Rossini-Trio! ein zwerchfellerschütterndes Dreigestirn.
„Ein ruhiges Zimmer zu vermieten“
bleibt die beste aller Pantomimen.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pfg.
- Reichshallen-Tunnel: -
2 vorzügliche Kapellen.
Mittwoch: Bockbier-Fest.

Quarg's Vaudeville-Theater
Grand Hotel Alexanderplatz.
Heinrich Heine
Lustspiel, und das große
Spezialitäten-Programm
mit
Anton Sattler.
Anfang 8 Uhr. Entree 15 Pf.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und Humoristen.
Anfang: Sonntags 7 Uhr.
Donnerstag, den 10. März,
zum 1. Male:
„In Zossen“
Fortsetzung von: „Alle 5 Barrisons“.

Konzert-haus
Reitbuser Straße Nr. 4a.
Direktion: S. Pierry.
Sonntags, Dienstags, Donnerstags
Kaiser von Oesterreich
Aufspiel in 1 Akt.
Der Handschlüssel.
Schwanz in 1 Akt.
Auftr. von Spezialität nur 1. Rang.
Gehr. Clarison mit ihrem Anglo-amerikan-Biograph (leb. Photos) graphien. Mit teilweise bunten Bildern. Bisher noch nicht gezeigt.
Entree 30 Pf. Sonntag 50 Pf.
Anf. d. Konz. 7 Uhr. Konz. 8 Uhr.
Passaportouts gelten Wochentags
Sonntag Anf. 5 Uhr, Konz. 6 Uhr.
Nachher: Grosser Ball.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Ihre Familie.
Sollt'ich mit Gesang in 3 Akten von
Stinbe u. Engel. Musik v. Reichardt.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Novitäten-Programm.
Das Schöpfkind.
Poffe.
Blaue Augen.
Schwanz.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Neu! Neu! Neu!
Muredin u. Bereddin!
Komische Oper von Richard Thiels.
Sensationell!
Little Dolf-Gustav
- auf dem schlaffen Drahtseil -
Phänomenal!
Mr. Willy,
Jongleur auf rollender Kugel und
Klappen-Virtuose.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.

Achtung! Zimmerer. Achtung!
Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn
Paul, Rummelsburgerstrasse 24-25:
Oeffentl. Versammlung der Zimmerer
von Friedrichsberg und Umgegend.
Referent: Kamerad Kube.
Der Vorstand.

Charlottenburg-Wilmersdorf.
Donnerstag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Lehder, Charlottenburg, Bismarckstrasse 74:
Oeffentl. Bautischler-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Unsere gegenwärtige Lage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vertrauensmann.
78/9

Luise-Theater
34. Reichenbergerstrasse 34.
Novität! Abends 8 Uhr: Novität!
Die Stühle der Hausfrau.
Poffe mit Gesang in drei Akten von
G. Karl. Musik von Fritz Straube.
Loni Klein: Anna Müller - Ende.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Zu einer wirklichen
Sehenswürdigkeit
bildet sich mit jedem Abend
mehr das neueste Luststück
des 1. Original
Budapester
Possen- und Operetten-Theater
in Kaufmann's Variété
die
hyper-originale Burleske
Von Dreien
der
Glücklichste
heraus; indem sie ihren
Stoff aus einem an sich schon
küsserst eigenartigen Gebiete
schöpft, dem komische Mo-
mente, von Natur schon in
überreicher Fülle eigen-
thümlich sind, entfaltet sie
mit Donat und Anton
Herrfeld in den Haupt-
rollen eine geradezu über-
wältigende Fülle burlesker
Komik, die es erklärlich er-
scheinen lässt, wenn das
Publikum abends beim Her-
ausgehen aus Kaufmann's
Variété zu einander äussert:
Die beiden Herrfeld's
sind in der That kom-
misch zum Verrückt-
werden.

Aleazar-Theater.
Dresdenerstrasse 52/53 (City-Passage)
Königsstrasse 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Ab 1. März 1898:
Türkisch neues Programm.
Neues Personal. Neue Spezialitäten.
Gand und Clara Sarno. Mary Rann.
Anton Hübsch. Helene Werner.
Karl Müller. Betty Frey. Little
Wilson. Adolf Adolph. Familie
Reinisch (4 Personen).
Die kleine Handschuhmacherin.
Charakterbild mit Gesang in 1 Akt.
Die erste Todte.
Schwanz in 1 Akt.
Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf. Kleiner Saal 50 Pf.
Die für den Feen-Palast ausge-
gebenen Ehren- und Preisarten haben
Giltigkeit.

Apollon-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Ivner-Guillot, Mr. Jigg,
Fischer u. Wacker,
Toni Touchette, Else Sadoni,
La Loie Fuller,
Les Guitanas, Irma Dolozel, Mr. Paulton,
Hanni Luxa,
Signor Salerno,
The Satours, King u. Kray,
Ida Heath, Grant und Maud,
Im Zoologischen Garten,
Pantomime, ausgeführt von der
Senetts-Troupe.
Kasseneröffnung 6 1/2, Anf. 7 1/2 Uhr.

Circus Busch
(Bahnhof-Börse).
Am Mittwoch, den 9. März,
Abends 7 1/2 Uhr:
Grande Soirée equestre.
Große Schaufenstrie à la Russe, geritten von 8 Damen u. 8 Herren.
Neu! Amateur-Konkurrenz-Reiten.
Neu! Der Smal die Wandge bedend auf dem Pferde untreitet, erhält eine
Prämie von 50 Mk. (Gewerber haben sich bis 1 Uhr mittags an der
Zirkustafel zu melden). Kavallerie zu
Fuß höchst komisches Intermezzo.
Auserdem: Die 8 Ungarn mit ihren
berühmten Solblut- u. Springpferden.
Unter anderem: a) Sprung: b. Sol-
blutpferdes „Scipi“ über eine 7 Fuß
hohe feste Barriere u. Reiter; b) der
berühmte Spondorprung über 3 große
Pferde. Die vorzüglichen Preisbeis-
dresuren des Direktor Busch. Auf-
treten d. ausgezeichneten Schwalben-
derrn Faustini-Burghardi. Die Spring-
Reitens Hipp u. Tipp. Die musikal.
Grenztrifft Wehr. Krausl.

Grande Soirée equestre.
Große Schaufenstrie à la Russe, geritten von 8 Damen u. 8 Herren.
Neu! Amateur-Konkurrenz-Reiten.
Neu! Der Smal die Wandge bedend auf dem Pferde untreitet, erhält eine
Prämie von 50 Mk. (Gewerber haben sich bis 1 Uhr mittags an der
Zirkustafel zu melden). Kavallerie zu
Fuß höchst komisches Intermezzo.
Auserdem: Die 8 Ungarn mit ihren
berühmten Solblut- u. Springpferden.
Unter anderem: a) Sprung: b. Sol-
blutpferdes „Scipi“ über eine 7 Fuß
hohe feste Barriere u. Reiter; b) der
berühmte Spondorprung über 3 große
Pferde. Die vorzüglichen Preisbeis-
dresuren des Direktor Busch. Auf-
treten d. ausgezeichneten Schwalben-
derrn Faustini-Burghardi. Die Spring-
Reitens Hipp u. Tipp. Die musikal.
Grenztrifft Wehr. Krausl.

Zaragoza.
Orig. Wandge-Schauspiel des Circus
Busch. Besonders hervorzuheben: Die
weiblichen Fransarenbläser. Der Sturz
von der 60 Fuß hohen Brücke ins
Wasser. Der pompöse grüne Akt.
Morgen 7 1/2 Uhr: Sport-Vor-
stellung.

Achtung! Zimmerer Berlins u. Umgegend! Achtung!

Donnerstag, den 10. März, abends 8 Uhr:
Große öffentliche Versammlung
in Keller's Festhale, Koppenstraße 29.
Tagesordnung: 1. Schlussrechnung der alten Lohnkommission.
2. Neuwahl eines Vertrauensmannes.
Zu dieser Versammlung haben nur Zimmerer Zutritt!
Der Vertrauensmann der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Heute Mittwoch, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des
Herrn Rautenberg, Oranienstraße 150:
Bezirks-Versammlung
für den Südosten.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Borchardt über: Gelehrte
Seine. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen werden dringend ersucht, zahlreich u. pünktlich zu erscheinen.
Die Bibliothek des Verbandes befindet sich im Restaurant Wörlich,
Judenstr. 35. Dieselbe ist geöffnet jeden Abend von 7 1/2 bis 9 Uhr.
Sonntags geschlossen.
Die Ortsverwaltung. 113/17

Achtung! Buchdrucker!
Mittwoch, den 9. März, abends 9 Uhr, in den „Arminshallen“
Kommandantenstraße 20:
Öffentliche Versammlung
aller im Verbands befindlichen Tarifgemeinschafts-Gegner.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zu dem Kongress der T.-G.-G. in Halle. - Um
sohnelles Erscheinen ersucht Der Einsender: J. Wolff, Junferstr. 15.

**Verein zur Wahrung der Interessen
der Gast- und Schankwirths**
Berlin und Umgegend.
Am Freitag, den 11. März, nachmittags 5 Uhr, beim
Kollegen Zubeil, Lindenstrasse 106:
Außerordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Weiterberathung der Statuten. 2. Angelegenheit Grindel. 3. Auf-
nahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der Vorstand. J. A. Ferdinand Ewald. 69/4

Eine Zuckerin-Tablette
zu 2 Pfennig
ist so süß, dass der Süßwerth von
1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig
kostet. 1 Liter Kaffee zu versüßen kostet
nur 1 Pfennig.
Man verlange ausdrücklich „Zuckerin“-Tabletten,
deren Echtheit an der gesetzlich geschützten
geriefen Form zu erkennen ist.

Zu haben bei:
Berlin N.
Central-Drogerie Dr. E. Kahlmann, Friedrichstrasse 134.
G. A. Heisterberg, Elsasserstr. 97 und Luisenstr. 39.
Aug. Schönebeck, Zehdenikerstrasse 1. P. Recollin,
Reinickendorferstr. 26a. H. Bessfeld, Reinick-
endorferstr. 14 und 29. Hugo Schultz, Müllerstr. 166a.
Werner Kapell, Brunnensstrasse 118. Albert Ramhold,
Prinzen Allee 18. Albert Jung, Wriezenerstr. 30 und
Biesenthalerstr. 15. Hermann Schudziars, Exerzier-
strasse 22. Albert Jung, Wörtherstr. 39 und 28. Hugo
Staab, Marienbad-Drogerie, Badstr. 45/46. F. W. Helm-
holz, Templinerstr. 7.

Berlin NW.
Hoffmann & Schinke, Thurmstr. 77. Sally Fabian, Drog.
z. Burggrafen, Bachstr. 11. Rudolf Fink, Thurmstr. 10.
E. Kübler, Stromstr. 62. Emil Hauke, Bandoelstr. 11 und
Dreyestr. 18. Babel & Hauke, Wilsnackerstr. 38.
Hermann Gornick, Rathenowerstr. 79.

Berlin W.
J. C. F. Schwartz, Leipzigerstrasse 112. Curt Winger,
Markthalle, Mauerstrasse. W. Marzahn, Potsdamerstr. 16.
F. L. Harnisch, Potsdamerstr. 22. G. Wendler, Matthäi-
kirchstr. 10. A. Freitag, Potsdamerstr. 62. Lützow-
Apotheke, Lützow-Platz. Eugen Gowan, Linkstr. 37.

Berlin SW.
Heinrich Rottmann, Blücherstr. 15. Paul Lüschen, Für-
bringerstr. 18. W. Richter, Halleschestr. 15. H. Döle
Nachl., Kommandantenstr. 39.

Berlin S.
Hugo Wolter, Kottbuserdamm 42. O. Knauth, Kom-
mandantenstr. 30. W. Ebel, Prinzenstr. 6 u. Gitschiner-
strasse 58. R. Seebe, Alte Jakobstr. 71. Albert Gehrke,
Bärwaldstr. 53.

Berlin SO.
J. Schulze, Lausitzerstr. 5/6. A. Peglow, Reichen-
bergerstr. 53. Reichenbergerstr. 1. Kottbusstr. 4a
und Görlicherstr. 66. Gustav Wittig, Päcklerstr. 41
und Eisenbahnstr. 41/42. A. Wegener, Muskauerstr. 13.
Theodor Lott, Manteuffelstr. 119.

Berlin O.
Adolf Wolff, Holzmarktstr. 68. Theater-Drogerie, Wallner-
theaterstr. 18. F. Kornstädt, Blumenstr. 14. H. Schmidt,
Andreasstr. 77b.

Berlin C.
Fr. Schulz, Alte Leipzigerstrasse 16. R. Sauer, Kaiser
Wilhelmstr. 47.

Charlottenburg.
Ad. Schädler, Postalozzistr. 10. E. Zimmerling, Kant-
strasse 150a.

Gr. Lichterfelde.
H. Kuhnert, Drakestrasse 56a und Dahlemerstrasse 77.
E. L. Grothe, Jungfernstieg 4.

Reinickendorf.
G. Sonnenstuhl, Provinzstr. 105.

Pankow.
Hugo Lautenbach, Wollankstrasse 135. Gebr. Hartung,
Breitestr. 16.

Rummelsburg.
Reinhold Passeeck, Goethestrasse 45. Hermann Kalisch,
Türschmidtstr. 1.

Spandau: Otto Nowack.

Rufschneiderei d. Jähns, Solms-
strasse 13, G. 2 Tr. 12275
Harnischbinder (spottbill. Rufsch-
neiderei), Kottbuscherstr. 4, 3 Tr. 1.

Herzlichen Dank sage ich für die
vielen mir am 5. März zu m. 25 jährigen
Jubiläum als gericht. Sachverständiger
u. Taxator dargebrachten Glückwünsche.
F. Wittnebel, Malermeister.

Dankfagung.
Für auf diesem Wege ist es mir
möglich, allen Verwandten, Freunden
und Bekannten für die vielen Beweise
unmüthiger Theilnahme anlässlich des
Hinscheidens meines lieben Vaters,
unseres guten Vaters, des Gastwirths
Karl Herrmann
meinen tiefgefühltesten Dank zu sagen.
Berlin, den 7. März 1898.
Dorothea Herrmann geb. Härdler
nebst Kindern.

Kränze,
Guirlanden empfiehlt
44082
F. Jacobitz, Koppenstr. 46.
Gesanglehrer von einem Verein für
Donnerstag gesucht. Restaurant
Wozel, Zminienstraße 56.

Luisenstädt. Clubhaus
16 Annenstrasse 16.
Saal, 200 Pers. fassend, zu öffentl.
wie Vereinsversamml. u. Festlichkeiten
jeder Art; bedgl. mehrere Vereins-
zimmer mit Piano, alles renovirt.
Sonntags, 26. März, und Oster-
feiertage Saal frei. 44682
Carl Heifer. Amt VII. 4892.

Mundt's Saal.
Anb.: Ernst Gründer.
Königsplatz 100.
Fernsprecher Amt VII. 39.
Täglich: Grosser Ball.
Entrée Herren 50 Pf.
Tanz Garderobe Damen 25 Pf.
2 Vereinszimmer sofort zu ver-
geben. Paul Zimmermann,
42942
Rathenowerstr. 8, Ede.

Nieff's Fest-Säle
Weberstr. 17, ca. 1000 Pers. fassb.,
Sonntags, 26. März, 2 April und
Balsontag frei. 44502
Niedrigste Preise.

Dr. Simmel
Spezialarzt f. Haut u. Venenleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
monatl. 10 Pf. und
Theilzahlung gegen baar liefert
saubere Herren-Garderobe
Temporwähl. Judenstr. 37, I.

Grads u. Gesellschafts-Anzüge,
für jede Figur passend, werden verlich.
Veruch, Kommandantenstr. 72, I. Et.,
Ede Beuthstraße. 251b

Betten, Steppbed., Matratzen, Gardin,
Portieren, Gascologn, Tischbed., Regal,
Sommer-Faletots, Anzüge, Hüte,
Semontourneur, Reisetoff, Oberländer
spottbillig Pfandleibe-Kleiderstr. 6.

Richtig und vert. Mühlberg, Febr-
bellmerstr. 43. 12075

Naturbutter 10 Pfd. Co., Pre. 5,75
3,80 R. Jozes Nr. 1. Prologia,
Galtzien. 12085

Zur Ermäßigung bill. Kleiderstoffe,
Anabenanzüge, Capes u. Stoffe bill.
b. Miesner, Sorauerstr. 30, part.
Reiferhandlung. 12245

Knabenanzüge aller Façons und
Reifer Pelzkleider zu lauen gel. v.
Selbsterfertiger. Adr. a. O. Ludwig,
Bergstr. 118, Berlin. 12246

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 8. März 1898, 11 Uhr.
 Um Ministerische: Dr. Bosse und Kommissarien.
 Die Spezialberatung des Kultusministeriums wird mit der gegenwärtigen abgebrochenen Besprechung über den Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.
 Abg. Böttger (nall.) wünscht eine Vermehrung der Professoren für Chemie und Einführung eines Staatsexamens, indem er die Bedeutung dieser Wissenschaft für die industrielle Entwicklung des Landes hervorhebt.

Minister Dr. Bosse: Die Unterrichtsverwaltung ist bestrebt, der chemischen Wissenschaft Förderung zu erteilen, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. v. Cynern (nall.) hätte gewünscht, auf eine Polemik mit dem Zentrum verzichten zu können, angeht die Annäherung, die sich im Reichstage vollzieht. Aber die Ausführungen der Herren Porich und Danzenberg zwingen zur Entgegnung. Die Herren wollen den Ansturz bekämpfen, aber in Dortmund hat sich der Sozialdemokrat beim Zentrum für dessen Unterstützung bedankt. Herr Bindthorst verstand es oft genug, einem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, weil sein Gegenkandidat ihm nicht katholisch genug war. Wenn Herr Fuchs umdreht, so unterscheiden sich seine Reden in keiner Weise von den sozialdemokratischen; ebenso findet sich der gleiche verbeugende Ton in Zentrumsblättern wie in sozialdemokratischen Organen. Verletzungen der Parität durch Anstellung evangelischer Hausknechte oder Dienstmädchen in katholischen Anstalten scheinen ja seit den darüber vorgebrachten Beschwerden aufgehört zu haben. Die weitgehendsten Forderungen des Zentrums in bezug auf die Konvulle und Seminare finden in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung keinen Widerhall. Die Zulassung der Redemptoristen, die Fuchs gestern forderte, führt uns auf über die Ziele dieses Ordens. Wo dieser Orden sich niederläßt, ist es mit dem religiösen Frieden vorbei. (Widerspruch im Zentrum.) Wir sehen das in Belgien, wo das Ordenswesen mit schwerem Druck auf den materiellen Verhältnissen der Bevölkerung lastet. Wir freuen uns, daß das Zentrum den Ansturz bekämpfen will. Bei den Wahlen wollen wir ihm Gelegenheit geben, seine Worte in Taten umzusetzen.

Abg. Dr. Friedberg (nall.): Das Oberhaupt der katholischen Kirche hat in der Canisius-Encyklika einen Ton angeschlagen, den er, der als weltlicher Souverän geschätzt sein will, vermeiden müsse. Es mag ja für Katholiken schwer sein, gegen diesen Ton, der das evangelische Gewissen schwer verlegt, zu protestieren. Aber die Katholiken lassen eben die Verfassung gegen sich nicht gelten. Bei der Anstellung der Professoren an einzelnen Instituten wird in einer Weise verfahren, daß evangelische Paritätsbeschwerden wohl begründet wären. (Lachen.)

Abg. Neubauer (P.) erörtert die polnische Sprachunterrichts-Frage. Auf eine Anregung des Abg. Hansen-Openrade (Däne) erwidert Minister Bosse, daß er nicht in der Lage sei, eine generelle Verordnung in der dänischen Sprachenfrage zu erlassen.

Abg. Hansen-Oldenburg (fr.) ist mit der Stellungnahme des Ministers einverstanden.

Abg. Fuchs (Z.) fordert Cynern auf, für seinen ehrenrührigen Vorwurf, er, Fuchs, habe unflätzerische Agitation betrieben, den Beweis zu erbringen. Dagegen sei es bekannt, daß die National-liberalen den Sozialdemokraten auf dem Bauche nachgerufen seien, um ihre Stimmen bei den Stichwahlen zu erlangen.

Abg. v. Cynern (nall.) meint, daß Fuchs' heutiges Auftreten genügend Beweise, wie berechtigt v. Cynern's Vorwürfe waren.

Abg. Porich (Z.) sucht nachzuweisen, daß die Provokationen von evangelischer Seite um nichts geringer und seltener sind als die angebliehen von katholischer Seite.

Abg. Johannsen bittet den Minister, sich über die Verhältnisse in Nord-Schleswig nicht von Deutschen unterrichten zu lassen, die dort alles durch die anarchistische Brille sehen.

Minister Bosse weist dieses Ansuchen zurück. Er beziehe seine Informationen von Beamten, die dort auf vorgeschobenen Posten ihres Amtes walten, wofür ihnen das Vaterland dankbar sei.

Nach wiederholten Bemerkungen der Abgg. Friedberg, Porich, Johannsen, Stöcker wird der Titel „Ministergehalt“ bewilligt, ebenso ohne weitere Debatte das ganze Kapitel „Ministerium“.

Morgen (Mittwoch) 11 Uhr: Verteidigung der bisher nicht vereidigten Mitglieder des Hauses. Fortsetzung der Beratung des Kultusministeriums.

Verfassungen.

Ueber „die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Franen“ referierte Genossin Zieh aus Hamburg unter wiederholtem, reichem Beifall am 7. März im Allen Schäferhaus, Lützenstraße 5, in einer von der Vertrauensperson einberufenen Volksversammlung. Im Anschluß an den bereits im „Vorwärts“ wiedergegebenen Vortrag nahm die Versammlung hierauf einstimmig eine von Fr. Haase begründete Resolution an, die das vollkommene Einverständnis mit dem Vortrage ausdrückt und die Franen verpflichtet, bei der kommenden Reichstagswahl mit aller Energie für die sozialdemokratischen Kandidaten zu agitieren, um dadurch die Mißbilligung mit dem jetzigen Regierungssystem zum Ausdruck zu bringen. Weiter wendet sich Fr. Haase an die Genossen des sünten Kreises mit dem Ersuchen, die Agitation der Franen zu unterstützen und ihre Frauen zu veranlassen, in den Volkerversammlungen recht zahlreich zu erscheinen. Frau Mesch schließt sich in allen Punkten den Darlegungen der Referentin an, und schließt die Versammlung mit dreifachem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Die Nordmacher unterzogen in einer am Montag stattgehabten öffentlichen Versammlung die augenblicklichen Arbeitsverhältnisse in ihrem Berufe einer sehr eingehenden Besprechung. Es handelte sich hauptsächlich um die Frage, ob angesichts der augenblicklich sehr ungünstigen Konjunktur und weiter in Rücksicht darauf, daß in den wenigen schon geöffneten Werkstätten beinahe für jeden Preis gearbeitet würde — ob es angesichts dieser Thatsachen rathsam und möglich sei, die Beschlässe der Magdeburger Konferenz der Arbeiter der Geschloßtransportbranche augenblicklich in vollem Umfange aufrecht zu halten. Nach sehr lebhafter und ausgedehnter Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher zunächst das unsolidarische Verhalten einer Anzahl namentlich lediger Kollegen scharf getadelt und ausgesprochen wurde, daß die Versammlung im Prinzip an den Magdeburger Beschlässen festhält, jedoch in Rücksicht darauf, daß dieselben augenblicklich nicht durchzuführen sind, es jedem Einzelnen-Arbeiter zur Pflicht macht, unter allen Umständen den Stückpreis von 3 M. hochzuhalten. Die übrigen Beschlässe der Magdeburger Konferenz: Neunstündige Arbeitszeit und Maximalleistung (höchstens zehn Körbe pro Woche) bleiben bestehen. Weiter wurde beschlossen, daß jeder arbeitende Kollege drei Prozent seines Verdienstes an den Streikfonds abzuführen hat. Nachdem noch die Niederlegung eines Kranzes für die Märzgefallenen beschlossen und der Vorsitzende zu reger Theilnahme an den Sammlungen für die sterbenden Schuhmacher aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

In Groß-Lichterfelde fand am Sonntag nach einer Unterbrechung von vielen Jahren eine äußerst stark besuchte öffentliche Volksversammlung in Pagel's Lokal statt. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Da die Referentin Genossin Zieh-Hamburg sich etwas verspätet hatte, wurde zur Wahl der Komitees für die Reichstagswahl geschritten und in dieselben die Genossen Hops, Lehmann, Zöllner, Schulz und Böhm für Lichterfelde und Krause, Wille und Köhne für Zehlendorf delegiert. Bei der Diskussion über den Punkt Lokalfrage wurden die Praktiken der Lichterfelder Polizei von den Genossen Vogheimer, Wenzel und Köhler einer scharfen, aber vollkommen berechtigten Kritik unterzogen und die organisierten Arbeiter aufgefordert, den Wirth Pagel als Entschädigung für die in Rücksicht stehenden veratorischen Maßnahmen nach Kräften zu unterstützen. Nachdem hielt die inzwischen eingetroffene Genossin Zieh das Wort zu ihrem Vortrage. In andertalbstündiger ausgedehnter Rede schilderte dieselbe die innere und äußere Politik, die Zerfahrenheit in den Regierungskreisen, und schloß unter stürmischem Beifall mit der Aufforderung, mit allen Kräften für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. — Mit Rücksicht auf den trefflichen Vortrag wurde von einer Diskussion Abstand genommen und beschlossen, nur Gegner zum Wort kommen zu lassen, indessen meldete sich niemand. Der mitanwesende Abgeordnete Genosse Zubeil forderte die Anwesenden auf, vor allen Dingen sich die Erhaltung des Lokals an gelegen sein zu lassen und die Parteipresse durch Abonnements zu unterstützen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung.

In der letzten Mitgliederversammlung des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen wurden zunächst 18 männliche und 4 weibliche Mitglieder aufgenommen. Dann hielt Herr Kanasse einen Vortrag über den Kampf ums Dasein, welcher eine sehr beifällige Aufnahme fand. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab ein Ueberschuß von 25,15 M., doch stehen noch 105 Büllets aus, deren Eingang bald erhofft wird. Der Vergütungskommission wurden Bieber, Paß und Pommerl zugewählt.

Landemannschaft der Schilowig-Golseiner. Erste Abend 8 Uhr in G. Neuenhain's Lokal, Alte Jakobstr. 75: Zusammenkunft. Theater- und Vergnügungs-Verein Helgolund. Sitzung heute Abend 8 Uhr in Nr. 144.

hauptsächlich um die Frage, ob angesichts der augenblicklich sehr ungünstigen Konjunktur und weiter in Rücksicht darauf, daß in den wenigen schon geöffneten Werkstätten beinahe für jeden Preis gearbeitet würde — ob es angesichts dieser Thatsachen rathsam und möglich sei, die Beschlässe der Magdeburger Konferenz der Arbeiter der Geschloßtransportbranche augenblicklich in vollem Umfange aufrecht zu halten. Nach sehr lebhafter und ausgedehnter Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher zunächst das unsolidarische Verhalten einer Anzahl namentlich lediger Kollegen scharf getadelt und ausgesprochen wurde, daß die Versammlung im Prinzip an den Magdeburger Beschlässen festhält, jedoch in Rücksicht darauf, daß dieselben augenblicklich nicht durchzuführen sind, es jedem Einzelnen-Arbeiter zur Pflicht macht, unter allen Umständen den Stückpreis von 3 M. hochzuhalten. Die übrigen Beschlässe der Magdeburger Konferenz: Neunstündige Arbeitszeit und Maximalleistung (höchstens zehn Körbe pro Woche) bleiben bestehen. Weiter wurde beschlossen, daß jeder arbeitende Kollege drei Prozent seines Verdienstes an den Streikfonds abzuführen hat. Nachdem noch die Niederlegung eines Kranzes für die Märzgefallenen beschlossen und der Vorsitzende zu reger Theilnahme an den Sammlungen für die sterbenden Schuhmacher aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

In Groß-Lichterfelde fand am Sonntag nach einer Unterbrechung von vielen Jahren eine äußerst stark besuchte öffentliche Volksversammlung in Pagel's Lokal statt. Der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Da die Referentin Genossin Zieh-Hamburg sich etwas verspätet hatte, wurde zur Wahl der Komitees für die Reichstagswahl geschritten und in dieselben die Genossen Hops, Lehmann, Zöllner, Schulz und Böhm für Lichterfelde und Krause, Wille und Köhne für Zehlendorf delegiert. Bei der Diskussion über den Punkt Lokalfrage wurden die Praktiken der Lichterfelder Polizei von den Genossen Vogheimer, Wenzel und Köhler einer scharfen, aber vollkommen berechtigten Kritik unterzogen und die organisierten Arbeiter aufgefordert, den Wirth Pagel als Entschädigung für die in Rücksicht stehenden veratorischen Maßnahmen nach Kräften zu unterstützen. Nachdem hielt die inzwischen eingetroffene Genossin Zieh das Wort zu ihrem Vortrage. In andertalbstündiger ausgedehnter Rede schilderte dieselbe die innere und äußere Politik, die Zerfahrenheit in den Regierungskreisen, und schloß unter stürmischem Beifall mit der Aufforderung, mit allen Kräften für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. — Mit Rücksicht auf den trefflichen Vortrag wurde von einer Diskussion Abstand genommen und beschlossen, nur Gegner zum Wort kommen zu lassen, indessen meldete sich niemand. Der mitanwesende Abgeordnete Genosse Zubeil forderte die Anwesenden auf, vor allen Dingen sich die Erhaltung des Lokals an gelegen sein zu lassen und die Parteipresse durch Abonnements zu unterstützen. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die imposante Versammlung.

In der letzten Mitgliederversammlung des Vereins der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen wurden zunächst 18 männliche und 4 weibliche Mitglieder aufgenommen. Dann hielt Herr Kanasse einen Vortrag über den Kampf ums Dasein, welcher eine sehr beifällige Aufnahme fand. Die Abrechnung vom Stiftungsfest ergab ein Ueberschuß von 25,15 M., doch stehen noch 105 Büllets aus, deren Eingang bald erhofft wird. Der Vergütungskommission wurden Bieber, Paß und Pommerl zugewählt.

Landemannschaft der Schilowig-Golseiner. Erste Abend 8 Uhr in G. Neuenhain's Lokal, Alte Jakobstr. 75: Zusammenkunft. Theater- und Vergnügungs-Verein Helgolund. Sitzung heute Abend 8 Uhr in Nr. 144.

Hamburger Engros-Lager

Spittelmarkt
16-17

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt
16-17

Vorteilhaftes Angebot

für Mittwoch, Donnerstag, Freitag, den 9. März. den 10. März. den 11. März.

Baumwollwaaren.

Bettsatin, gestreift, ca. 84 cm breit, für Kopfkissen, Meter	48 Pf.
Bettsatin, gestreift, ca. 130 cm breit, für Oberbetten, Meter	75 Pf.
Cöper-Inlett, rot gestreift, für Kopfkissen, Meter	75 Pf.
Cöper-Inlett, rot gestreift, für Oberbetten, Meter	115 Pf.

Gardinenhalter, bordeaux und grün Stück	14 Pf.	30 Pf.
Kettenhalter für Portiären, Stck.	14 Pf.	28 Pf.
Ponponfranzen, einfarbig und bunt Meter	12 Pf.	23 Pf.

Rouleaux-Cordel,

weiss, crème, grau Stück 20 Meter 37 Pf.

Tapisserie, vorgezeichnet.

Bestecktaschen mit Futter Stück	100 Pf.
Markttaschen mit Nota Stück	48 Pf.
Tischläufer mit Franzen Stück	50 Pf.
Schirmhüllen, 1teilig 32 Pf., 2teilig 54 Pf.	
Uhrhalter sehr praktisch, elegant fertig mit Seide gestickt Stück	58 Pf.

Kurzwaaren und Nähartikel.

Rockgurte, abgepaßt, Stück	18 Pf.
Schweissblätter Paar	8 Pf.
Rocknadeln 2 Stück	3 Pf.
Wäschebuchstaben 2 Dutzend	5 Pf.
Bettflitzen, Stück 10 Meter	28 u. 35 Pf.
Besenborde, schwarz 4 Meter	18 Pf.
Nagelbürsten 2 Stück	9 Pf.
Sicherheitsnadeln 3 Dutzend	6 Pf.
Aufschürzer aus Gummi Stück	5 u. 9 Pf.
Schablonenkasten mit Pinsel und Farbe Stück	15 Pf.

Taschentücher

Weiss Batist, mit schmalen schottischen Bordüren, ganz neu 1/2 Dutzend 85 Pf.

Schleiertulle

mit Punkten, ca. 45 Centimeter breit, in allen Farben, sehr kleidsam 21 Pf. Meter

Vorsteckschleife

aus neuester Pariser Gaze, mit schmaler Büsche besetzt Stück 80 Pf.

Nackenrüschen

aus gestickten Tüllspitzen, mit Atlasband eingefasst Stück 25 Pf.

Wirtschafts-Artikel:

Garderoben-Leisten		
3 Haken	4 Haken	5 Haken
23 Pf.	32 Pf.	40 Pf.

Marktkörbe mit 2 Deckeln,		
3 Größen	85 Pf.	125 Pf. 150 Pf.

Obstmesser-Ständer	
mit 6 Messern	85 Pf.

Wirtschafts-Waagen	
(10 Kilo)	Stück 175 Pf.

Krümelschuppen	
mit Feger	Stück 42 Pf. 38 Pf.

Spiral-Schneeschläger	Stück 8 Pf.
Kartoffelstampfer	Stück 20 Pf.
Kaffeeseibe	Stück 5 Pf.
Tassenseibe	Stück 5 Pf.
Anhängeseibe	Stück 6 Pf.

Proben
und Preislisten
portofrei.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Versand-Abteilung
Berlin W.,
Leipzigerstr. 132/133.

Porzellan

- Körbchen mit Henkel 48 Pf.
- Leuchter, Blumenmuster, 38 Pf.
- Schwedenhalter, Blumenmuster, 38 Pf.
- Raschalen, Blumenmuster, 32 Pf.
- Nadelschalen 9 Pf.
- Schalen, rund, bemalt, 9 Pf.
- Satztöpfe, bemalt, 6 Stück 1,70 Mk.
- Dessertteller, Blumenmuster, 32 Pf.
- Dessertkörbe, Blumenmuster, 28, 65, 95 Pf., 1,25 M.
- Kuchenkörbe, Blumenmuster, 1,35 M., Kuchenteller 70 Pf.
- Milchtöpfe, bemalt, 9 Pf.
- Kaffeeteller für Kinder, bemalt, 10 Pf.
- Kaffeervices, bemalt, 8 Teile, für 6 Pers. 2,45 Mk.
- " " bemalt, 9 Teile, 6 Pers. 2,65, 3,75, 4,50, 16 Teile, 12 Pers. 9 M.
- Franz. Kaffeervices 11 u. 17 Mk.

Steingut

- Bierkrüge, Inhalt $\frac{1}{3}$ 1 Liter
einfarbig 30 45 Pf.
mit Figuren, bunt 38 58 Pf.
- Dessertteller 5 Pf. Speiseteller, nach 6 Pf.
- Englische Waschservices,
5 Teile,
einfarb. Muster 6 Mk. buntes Muster 8 Mk. mit Figuren 13,50 Mk.

Emaillé

- Durchm. ca. 32 34 36 cm
- Schüsseln weiss 28 35 40 Pf.
Länge ca. 45 50 55 60 cm
- Wannen, oval blau 1,40 1,65 2,10 2,35 M.
marmor. 1,45 1,75 2,25 2,60 M.
- Durchm. ca. 22 24 cm
- Teller weiss 9 11 Pf.
- Kehrschaufeln marmor. 35 40 45 Pf.
- Konsole mit Wassermass, marmoriert 35 Pf.
- Dekorierter Eimer Durchm. ca. 28 cm mit Deckel, 2 Mk.

Glas

- Durchm. ca. $\frac{15}{16}$ cm
- Salatschalen, geschliffen, 45 58 Pf.
- Fruchtschalen mit Fuss, geschliffen 95 Pf.
- Tafelaufsätze mit Vase, geschliffen 2,50 Mk.
- Käseglocken mit Teller, geschliffen 48 Pf.
- Zuckerschalen mit Fuss, geschliffen 28 Pf.
- Teller, geschliffen, Durchm. ca. 13 cm. 18 Pf.
- Dekorationspokale mit Figuren 2,35 Mk.
- Wassergläser 5 Pf.
- Theegläser mit Fuss, geschliffen 23 Pf.
- Bierbecher mit Skatbildern 30 Pf.
- " " reich geschliffen 70 Pf.
- Likörschalen, geschliffen 12 Pf.
- Weissbieregläser, klein 19, gross 28 Pf.
- Weingläser, Römerform, grün 24, gelb 30 Pf.

Wirtschafts - Artikel

- Haarbesen, graue Borsten 65, 85 Pf., 1,10 Mk.
- Handfeger, graue Borsten 40, 45, 50 Pf.
- Rosshaarbesen, poliert 1,90, 2,10, 2,40 Mk.
- Handfeger, Rosshaar, poliert 75 Pf., 1, 1,10 Mk.
- Schrubber 22 u. 28 Pf.
- Teppich-Handfeger, Wurzel, lackiert 35 u. 45 Pf.
- Hand-Waschbürsten 5, 8, 10 Pf.
- Bohnerschrubber, mit Stiel 5,25 Mk.
- Bohnermasse 55 Pf.
- Bohnerspähe 20 Pf.
- Stehleitern mit 6 7 Stufen
Walzenlänge ca. 36 39 42 cm
2,85 3,30 Mk.
- Wringmaschinen 12 12,50 13,25 Mk.
- Küchenlampen, 8" 50, 10", mit ver-nickelt. Blende 95 Pf.
- Tischlampen,
galvanis. Zinkfuss m. weissem Schirm oder bunter Fuss m. dekoriert. Schirm 2,80 Mk.

- Kaffeemühlen, Eisenblech 1,20, 1,30, 1,50 Mk.
- Briefkasten 35, 55, 75, 90 Pf.
- Holzlöffel, rund u. spitz Dtz. 42, 70, 95 Pf.
- Vorratsstollen, blau dekoriert 28 Pf.
- Butterkühler, vernickelt 2 Mk.
- Kabarets, vernickelt, mit 4 Glas-Einsätzen 2,40 Mk.
- Britannia-Theelöffel, Fadenstiel Dtz. 70 Pf.
- " " Esslöffel, " Dtz. 1,60 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Allen Vereinen Berlins

bietet sich jetzt die beste Gelegenheit, ihre Sommerfeste unter kausalen Bedingungen zu feiern, in
C. Joël's Victoria-Garten
 SO., Köpnick Landstraße 4, unmittelbar am Treptower-Park.
 Telefon Amt 4, No. 2724.
 Großer Saal, Konzert-Garten, geschützte Veranden, 11 Kegelbahnen,
 Kaffeeküche und allerlei Volksbelustigungen.
 Haltestelle der Elektrischen Eisenbahnen (Siemens u. Halske): von der großen Berliner Pferde-
 bahn und der Stadt- und Ringbahnstation Treptow 2 Minuten entfernt. 11689

Entschädigung erhalten Vereine,
 Versammlungen etc., die Wochentags (außer Sonnabends) mehr als 200
 100-800 Pers. (mit Bühne, Dampf, Franz Müller, Central-Theater).
 Alle Infos. 32 (Central-Theater). Einige Sonntage im April noch frei.

Das Gute siegt zuletzt doch!
 Das seit ca. 20 Jahren existierende erste
Dr. Thompson's Seifenpulver
 (Eigenschaft: Schäumen)
 hat sich unter allen übrigen Waschpulvern als das
 beste, billigste und bequemste
 Waschmittel der Welt erwiesen!
 Dasselbe ist zu haben in den meisten Kolonialwaren-,
 Drogerie- und Feinwarenhandlungen.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
 Verkauf frisch gef. Schweinefleisch, Rindfleisch, pro Pfd. von 30 Pf. an,
 Schmalz etc. 40 Pf. (40114)
 Verwaltung der Kochanstalt Stadt. Schlachthof

Möbel,
 Spiegel u. Polsterwaren
 recht in soliden Preisen, empfiehlt
H. Sirelow, Tischlermeister,
 Rixdorf, Richardstraße 116,
 am Denkmal.

Margarine
 kaufen Sie für 60 und 65 Pf. & Pfund hochfein und frisch (44202)
Markthalle
 Treppenstr. 200-201,
 und Planufer 96, a. d. Kottbuser Str.
M. Bothe (Gegr. 1894.)
 Versandt nach allen Stadtteilen.

Fahrrad
 1899er Model, erstf. deutsches Fabrikat,
 volle Garantie, verk. billig **Carl**
Schulze, Annenstr. 20, II. Sehr
 günstiger Gelegenheitskauf. 11895

Möbel und Volkswaaren. Franz Tutzauer,

Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.
 Vom 1. April 1898 ab: N. Brunnenstrasse 152.

Möbel vollständige Wohnungs-Einrichtungen von 250 M.
 an, sowie Einzelstücke zu den billigsten Preisen.
 42952* **Wilhelm Lambrecht, Zimmerstr. 19.**

Anzüge und Jacken für Herren u. Knaben
 Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinweiber etc. werden unter Garantie des guten Stoffs zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Tagesgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Wegen Räumung. Gardinen
 und Stores
 crème und weiss fabelhaft billig.
Gardinen-Lager
J. Adler
 Spandauerstraße Nr. 30,
 gegenüber dem Rathhaus.
 Gardinen-Abbildung gratis u. franco.

Betten Stand 10,00 bis 80,00 Rand-
 Baum, 2,25, Bettfed., Bettw.,
 Gard. spottb. Bettenhaus Reanderstr. 8.

Arbeitsmarkt.
Behrmädchen
 für Putzfrauenarbeiten finden gegen
 sofortige angemessene Vergütung gute
 Verhältnisse. 12108
Louis Finkenstein, Alte Jakobstr. 61.

Achtung! Holzarbeiter!

In der **Möbelschlerei**
 von **Gebr. Geisler, Vorfrüher-
 krohe 39,** haben 19 Tischler und in der
Bautischlerei von **Rauter,**
Ziemenstr. 24, 13 Tischler wegen
 Unbilligkeit der Arbeit eingetret.
Zuzug ist fernzuhalten.
 Die Ortsverwaltung.

Gebilde Violoncellist verlangt
Quantmeyer & Ekele,
Putzfedern.
 Junge Mädchen zum Vernen bei
 dreimonat. Verzeht u. sofortigen
 Gehalt verlangt. 12125
Adolf Rosen, Gertraudenstr. 23.
 Tapezierlehrling verl. Kraft,
 Köpenickerstr. 100. 12135
 Schneiderlehrling verl. D. Stadrow,
 Groß-Berlin. 12145
 Selbstgrundrizer v. Bäckingstr. 4.
Farbmalger werden verl.
 Barntstr. 2. 12155

Briefumschlag-Fabrik
 sucht bei hohen Löhnen perfekte
Arbeiter und Arbeiterinnen
 auf Hand und Maschinen. Hefts-
 vergütung.
 Offerte unter **N. S. 275** an
Haasenstein & Vogler, A.-G.,
Frankfurt a. M.
 Suche für meine Bilderrahmen-
 Fabrik und Glaserei einen
Lehrling
 aus aufständiger Familie.
Gost, Auenländerstr. 22. 12225